

# Finanzwirtschaftliche Grundlagen der Kapitalbildung in Südosteuropa\*

Von

Theo Surányi-Unger-Göttingen

**Inhaltsverzeichnis:** I. Investitionen und Staatsausgaben: 1. Industrialisierungsmodell einer sozialistischen Übergangswirtschaft S. 21 — 2. Nachkriegslage der industriellen Entwicklung S. 25 — 3. Staatliche Mittelwidmung für Investitionen S. 27 — 4. Trendrichtungen der öffentlichen Ausgaben S. 28 — 5. Investitionen im Staatshaushalt S. 39 — II. Fluktuierende Kapitalbildung in der Übergangswirtschaft: 6. Kurzfristige Schwankungen der Investitionsquoten S. 43 — 7. Strukturwandlungen der Kapitalbildung S. 47 — III. Stabilität und Wachstum: 8. Modelltheoretische Perspektiven S. 53 — 9. Wachstumsraten der Investitionen S. 56 — 10. Gleichgewichtiges oder proportionales Wachstum? S. 58.

## I. Investitionen und Staatsausgaben

### 1. Industrialisierungsmodell einer sozialistischen Übergangswirtschaft

Wirtschaftliches Wachstum ist nach dem zweiten Weltkrieg zu einem überragenden Leitbild der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik geworden, bedingt durch das Streben nach materieller Wohlfahrt und durch die Erkenntnis, daß politische Macht von wirtschaftlicher Stärke abhängig ist. Träger der Expansion ist die Industrie, in der wiederum technischer Fortschritt das dynamische Moment darstellt, das dem Prozeß Schwung verleiht.

Besonders betont wird das Postulat der Industrialisierung im so-jetischen Wirtschaftsdenken<sup>1</sup>, da nach der marxistischen Theorie eine

\* Für ihre umfangreiche Hilfe, insbesondere bei der Bearbeitung und Auswertung der statistischen und sonstigen Quellen, danke ich meinem Assistenten, Diplom-Volkswirt Hans Böhme, und meinen Mitarbeitern Dr. Johann Bak, Diplom-Volkswirt Bernhard Gefke und Diplom-Volkswirt Fritz-Jürgen Kadór. Gleichfalls bin ich der Syracuse University, der Universität Göttingen, der Ford Foundation und der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Unterstützung meiner Forschungen in den Jahren 1954, 1956/57 und 1958/59, aus denen dieser Aufsatz zum Teil hervorgegangen ist, verbunden.

<sup>1</sup> Zu den folgenden Ausführungen vgl. meine Arbeiten: *Comparative Economic Systems*, New York—Toronto—London, McGraw-Hill, 1952 (chinesische Übersetzung, Hongkong, Tai Ching Cultural Company, 1958, übersetzt von Professor Chan Shu Woon; japanische Übersetzung, Kyoto, Seki Shoin, 1959, übersetzt von Professor Tsuneo Hori), S. 42—43, 409—414 und 476. — *Metamorphoses of the*

industriell hochentwickelte Wirtschaft Voraussetzung für die Verwirklichung des Kommunismus ist<sup>2</sup>. Marx hatte bekanntlich prophezeit, daß sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zuerst in den hochindustrialisierten Ländern vollziehen würde, und seine ganze Theorie fußt weitgehend auf dieser Hypothese. Starke Mechanisierung der industriellen Fertigung und Konzentration der Wirtschaftsführung in wenigen Händen waren die Hauptvoraussetzungen für seine These von der zwangsläufigen Entwicklung des Sozialismus aus den Trümmern der kapitalistischen Wirtschaft. Nur dort, wo diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann chronische Arbeitslosigkeit herrschen, kann eine industrielle Reservearmee entstehen und die Verelendung des Proletariats fortschreiten, bis die ständig wachsenden Widersprüche zum Sturz der auf Privatinitiative gegründeten Ordnung führen.

Die tatsächliche historische Entwicklung mußte die kommunistischen Theoretiker überraschen. Nicht in den Industrieländern des Westens, sondern in Ländern des Ostens mit hauptsächlich agrarischer Wirtschaftsstruktur wurden die kommunistischen Ideen Wirklichkeit. Vom Standpunkt des orthodoxen Marxisten aus gesehen mußte der Geschichte hier ein Irrtum unterlaufen sein. An Stelle einer Industriewirtschaft mit mechanisierter Massenproduktion und starker Zentralisierung fand man Wirtschaftskörper vor, die in viele kleine Wirtschaftseinheiten, Bauernstellen, Handwerksbetriebe und Kleinindustrie zersplittert waren. Die Einführung sozialistischer Wirtschaftsformen, die auf dem Grobeinsatz höchstentwickelter technischer Mittel basieren, wurde unter diesen Umständen erheblich erschwert. Hinzu kam, daß eine industrielle Arbeiterschaft, die an der Spitze aller Werktätigen die Führung des neuen Staates übernehmen sollte, höchstens nur zum Teil vorhanden war. Offenbar spielt bei der Industrialisierung auch das fundamentale Programm einer allgemeinen Wohlfahrts-erhöhung eine wichtige Rolle.

So erklärt es sich, daß der Aufbau der Industrie als der materiellen Grundlage einer sozialistischen Wirtschaft zur ersten Hauptaufgabe

---

Soviet Textbook on Economics, The American Economic Review, Vol. 46, Evanston/III., 1956, S. 937—946.

<sup>2</sup> Vgl. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, Politische Ökonomie, Lehrbuch (russischer Originaltitel: Političeskaja ekonomija, Učebnik), Berlin, Dietz, 1955, Kap. XXIII, Die sozialistische Industrialisierung, S. 386 ff. — N. S o k o l o v, Planirovanie razvitija v narodnoe chozjaistvo v SSSR (Planung des Wachstums in der Volkswirtschaft der UdSSR), Planovoe Chozjaistvo (Planwirtschaft), Jg. 1951, Nr. 6, Moskau, 1951, S. 57 ff. — P. S u s l i n, A szocializmus ipari alapjainak építése az európai népi demokratikus országokban (Aufbau der industriellen Grundlagen des Sozialismus in den europäischen Ländern der Volksdemokratie), Társadalmi Szemle (Gesellschaftliche Rundschau), Jg. 7, Budapest, 1953, S. 539 ff., übersetzt aus Novoe Vremja (Neue Zeit), Jg. 1953, Nr. 18/19, Moskau, 1953.

wurde. Der „Irrtum der Geschichte“ sollte korrigiert werden. Von dem Erfolg oder Fehlschlag der Industrialisierung hing die Verwirklichung der kommunistischen Ziele ab. Es ist daher leicht zu sehen, daß die Entwicklung der Industrie vom Standpunkt der marxistischen Planwirtschaftstheorie her ein unerläßliches Gebot ist.

Neben dieser theoretisch-ideologischen Begründung stehen Motive mehr praktisch-politischen Charakters, die für das starke Hervorkehren des Industrialisierungspostulats maßgebend sind. Genannt werden kann hier die Notwendigkeit einer innen- und außenpolitischen Sicherung der staatlichen Existenz, zunächst als Basis eines sozialistischen Aufbaus, später zur Verteidigung der „Errungenschaften des Sozialismus“<sup>3</sup>. Der für das Wachstumstempo bestimmende und soeben erwähnte Wunsch nach schneller Steigerung des Produktions- und in Verbindung damit auch des Lebenshaltungsniveaus wurzelt teilweise ebenfalls in der Wettbewerbsstellung der Wirtschaftssysteme und wird somit zu einer ideologischen Notwendigkeit.

Der Begriff „Industrialisierung“ läßt sich modellmäßig definieren als fortlaufende Veränderung der „technischen Koeffizienten“, d. h. der typischen Kombinationen der Produktionsfaktoren, die in der Volkswirtschaft zur Verfügung stehen. Sie kann dabei auf organisatorischer Veränderung beruhen (z. B. Einführung einer fortgeschrittenen beruflichen oder standortbedingten Arbeitsteilung) oder in einer Anwendung neuer technischer Verfahren mit veränderten Faktorkombinationen bestehen. Während im ersten Fall die gegebenen Faktormengen lediglich rationeller verwendet werden und so eine Steigerung des Produktionsergebnisses erlauben, wird dieses Ergebnis im zweiten Fall vornehmlich dadurch erreicht, daß der gegebene Faktormengenbestand erweitert wird, indem zu den naturgegebenen Faktoren „Arbeit“ und „Boden“ das Kapital als reproduzierbarer Faktor mit größerem Nachdruck hinzutritt und einer fortlaufenden Expansion unterliegt. Dementsprechend steht die Kapitalbildung im Vordergrund und kann als die wichtigste Variable jedes Industrialisierungsmodells bezeichnet werden. Industrialisierung und Kapitalbildung sind fest miteinander verknüpft, so daß beide nur im Zusammenhang betrachtet werden können; man könnte sogar davon sprechen, daß sich von der Seite der Industrialisierung her gesehen gleichsam eine Identität der beiden Begriffe ergibt, denn Industrialisierung bedeutet gleichzeitig auch Kapitalbildung, während umgekehrt nicht jede Kapitalbildung ohne weiteres mit Industrialisierung gleichzusetzen ist.

<sup>3</sup> J. W. Stalin, Die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans, Bericht vor dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B) am 7. Januar 1933, in Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1947, S. 453.

Aus dem Industrialisierungsprozeß, der die Weltwirtschaft seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts kennzeichnet, lassen sich mit Hilfe einer gewissen Generalisierung einige stufenartige Entwicklungstypen herausheben. Sie lassen sich kurz umreißen als industriell unterentwickelte Wirtschaft, in der die Konsumgüterherstellung den größten Teil der Produktion ausmacht (1. Stufe), als halbentwickelte Wirtschaft, in der die Herstellung von Kapitalgütern in den Vordergrund rückt (2. Stufe), und als hochentwickelte Wirtschaft (3. Stufe); diese ist gekennzeichnet durch ein ungefähr ausgeglichenes Verhältnis zwischen Konsum- und Kapitalgüterproduktion, wobei die letztere auch weiterhin ein wenig mehr betont zu werden pflegt. Bisherige Industrialisierungsprogramme haben gezeigt, daß sie Rücksicht auf die Ausgangsstufe des zu industrialisierenden Landes, d. h. auf die jeweiligen spezifischen wirtschaftlichen Gegebenheiten, zu nehmen hatten. Derartige Vorhaben sind jedoch nicht nur abhängig von Faktoren, die im großen und ganzen Resultate von Marktvorgängen und damit ökonomischer Natur sind, sondern sie werden auch von machtpolitischen Erwägungen beeinflusst.

Es ist daher von Interesse zu sehen, in welchem Verhältnis die industrielle Entwicklung in den vier südosteuropäischen Volksrepubliken, vor allem in Ungarn<sup>4</sup>, daneben in Rumänien, Bulgarien und Albanien, zu dem Modell eines historischen Industrialisierungsprozesses steht, wie es oben skizziert wurde. Insbesondere soll geprüft werden, ob sich die Zielsetzung möglichst schneller Industrialisierung, die auch der Wirtschaftspolitik dieser Volksrepubliken eigen ist, bisher in wachsendem Tempo realisieren ließ oder ob Fluktuationen aufgetreten sind.

Dabei erscheinen zwei Gesichtspunkte wesentlich. Einmal handelt es sich bei den erwähnten Ländern um sozialistische Übergangswirtschaften mit starker Betonung des staatlichen Sektors. Entsprechend muß die Kapitalbildung wesentlich in der Gestaltung der öffentlichen Ausgaben ihren Ausdruck finden, so daß diese zweckmäßig zum Gegenstand einer quantitativen Analyse gewählt werden können. Eine weitere Modifikation des eingangs dargelegten Modells ergibt sich durch die Tatsache, daß sich die einzelnen Länder Südosteuropas im Jahre 1945 auf verschiedenen Entwicklungsstufen der Industrialisierung befanden und dementsprechend eine stärkere Betonung der Kapitalbil-

---

<sup>4</sup> Die Hervorhebung Ungarns in solchen Analysen erscheint vorteilhaft, weil es infolge des Standes seiner wirtschaftlichen Entwicklung, seiner geographischen Lage und seiner Bevölkerungsgröße am ehesten als „typisches“ Land unter den europäischen Volksdemokratien angesehen werden kann. Daneben ist es für Vergleichszwecke besonders geeignet, weil wirtschaftspolitische Kursänderungen in der UdSSR hier gewöhnlich deutlicher und schneller bemerkbar werden als in den anderen drei Ländern.

derung entweder in der Konsum- oder in der Produktionsmittelindustrie festzustellen sein müßte.

## 2. Nachkriegslage der industriellen Entwicklung

In keiner der südosteuropäischen Volksrepubliken begann die Einführung des Kommunismus auf der dritten Stufe der Industrialisierung, also in einer industriell hochentwickelten Wirtschaft. Diese Länder waren in der Vorkriegszeit im Vergleich zu Nord- und Westeuropa sowie zu den USA hinsichtlich industrieller Produktion zurückgeblieben. Der Aufbau der Industrie machte in ihnen meistens nur zögernde Fortschritte; dabei bestanden aber Unterschiede in der Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern. Wenn man sie in das vorher erwähnte Stufenschema der Industrialisierung einzugruppieren versucht, zeigt es sich, daß sie sich noch auf der ersten, bestenfalls auf der zweiten Stufe, d. h. noch im Stadium einer in industrieller Beziehung unter- oder halbentwickelten Wirtschaft befanden. Lediglich Ungarn hatte sich beim Ende des zweiten Weltkrieges der zweiten Stufe weitgehend genähert. Rumänien nahm eine Mittelstellung zwischen Ungarn und Bulgarien ein; es hatte zwar den Entwicklungsstand Ungarns noch nicht erreicht, der Industrialisierungsprozeß war hier aber weiter vorangeschritten als in Bulgarien. Sowohl Bulgarien als auch Albanien, das zu dieser Zeit noch ausgesprochen unterentwickelt war und kaum die erste Stufe industrieller Wirtschaft erklommen hatte, besaßen eine vorwiegend agrarische Wirtschaftsstruktur; die Landwirtschaft war zudem auf eine ziemlich primitive Technik angewiesen.

Auch die Sowjetunion, in deren Einflußbereich die vier Länder dann gerieten, war am Ende des Krieges erst teilweise bis zur zweiten Stufe einer Industrialisierung vorgedrungen, so daß sie gewissermaßen noch hinter dem am weitesten fortgeschrittenen südosteuropäischen Land, nämlich Ungarn, zurückgeblieben war.

Die ersten Industrialisierungsversuche in Albanien wurden mit Hilfe ausländischen, besonders italienischen, Kapitals vorgenommen. Die zu Beginn des zweiten Weltkrieges noch sehr schwach entwickelte Erdöl- und Montanindustrie stand daher vorwiegend unter fremdem Einfluß. Zum Teil ähnlich war die Lage in Bulgarien. Auch ziemlich früh einsetzende Maßnahmen der Regierung (z. B. Industrieförderungsgesetz von 1895) und die staatliche Industrieplanung (Beginn 1936) vermochten nicht, eine kräftige Industrie aufzubauen<sup>5</sup>.

In einer günstigeren Situation, die die Zuordnung zu einer höheren Stufe rechtfertigt, befanden sich Rumänien und Ungarn. Rumänien ver-

<sup>5</sup> Vgl. Ž. N a t a n, Stopanska istorija na Bŭlgarija (Wirtschaftsgeschichte Bulgariens), Sofia, Nauka i Izkustvo (Verlag für Wissenschaft und Kunst), 1957, Teil II—III, insbesondere S. 277—287, 332—361, 431—440, 459—469 und 489—524.

fügte zu Beginn des Krieges über einige Leichtindustrien und eine relativ ausgedehnte Erdölförderung. In Ungarn setzte in den Jahren unmittelbar vor Kriegsanfang mit dem „Győrer Programm“ (ungarischer Fünfjahresplan) eine sprunghafte Entwicklung der Industrie ein. Die in den Jahren 1939—41 erfolgte Angliederung umfangreicher Gebiete, die vor 1918 zu Ungarn gehörten und die einen bedeutend erweiterten Markt darstellten und wertvolle Bodenschätze enthielten, förderten diese Entwicklung, die allerdings schon weitgehend einer Rüstungskonjunktur entsprang. Der Aufschwung dehnte sich bis 1941 auf die meisten Sektoren der Industrie aus; nach 1941 wuchs aber — kriegsbedingt — nur noch die Rüstungsproduktion weiter, während die Konsumgütererzeugung so gut wie stagnierte. 1943 begann die Stagnation auch im Sektor der Rüstungsproduktion, und 1944 leiteten die Kriegszerstörungen einen vorübergehenden Zusammenbruch der gesamten Industrie des Landes ein<sup>6</sup>.

Geht man den Ursachen des Zurückbleibens der südosteuropäischen Länder nach, das soeben skizziert wurde, so ist für den Gedankengang dieser Ausführungen besonders bedeutsam, daß sowohl die Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionsvorhaben, d. h. die Geldkapitalbildung, als auch die Investitionsneigung weitgehende Unterschiede zu den stärker industrialisierten Volkswirtschaften aufwiesen. Dafür ist typisch, daß in den genannten Ländern die Durchführung und die Finanzierung von Investitionen in der Industrie vor dem zweiten Weltkrieg in mehr oder weniger erheblichem Umfang durch ausländische industrielle Unternehmungen und Banken erfolgte. Die Gründe für die entsprechend mangelnde inländische Bereitstellung finanzieller Mittel sind u. a. in der Ungleichheit der Einkommensverteilung zu suchen; die Masse der Bevölkerung war meistens zu arm, um Kapital ansammeln zu können. In Südosteuropa existierte nur eine zahlenmäßig kleine Oberschicht, die den größten Teil der Produktivkräfte kontrollierte. Sie wäre zwar zur Kapitalbildung befähigt gewesen, besaß aber im allgemeinen wenig Willen dazu. Ihre oft noch halbfeudalistischen Lebensgewohnheiten und weitgehend auf Luxusgüter gerichteten Konsumwünsche ließen nur wenig Raum für die Akkumulation von Kapi-

<sup>6</sup> Vgl. mein Buch: *Magyar nemzetgazdaság és pénzügy* (Ungarische Volkswirtschaft und Finanzen), 2. Aufl., Budapest, Kir. M. Egyetemi Nyomda (Kgl. Ung. Universitätsdruckerei), 1944, Bd. II, S. 304 ff. Dort wird diese Entwicklung eingehender untersucht. Vgl. auch meinen Aufsatz: *Iparstatisztikai Tanulságok* (Industriestatistische Lehren), *Magyar Statisztikai Szemle* (Ung. Statistische Rundschau), Jg. XXI, Heft 7, Budapest, 1943, S. 3—10. — Vgl. des weiteren T. I. B e r e n d, — Gy. R á n k i, *Magyarország gyáripára a második világháború előtt és a háború időszakában, 1933—1944* (Die Fabrikindustrie Ungarns vor und während des zweiten Weltkrieges, 1933—1944), *Gazdaságtörténeti értekezések*, 2 (Wirtschaftsgeschichtliche Abhandlungen, 2), Budapest, Akadémiai Kiadó (Verlag der Akademie), 1958, insbesondere S. 404 ff.

tal. Damit waren die Voraussetzungen für ein wirtschaftliches Wachstum, das eine kräftige Steigerung des Lebenshaltungsniveaus der Bevölkerung hätte herbeiführen können, allein auf privater Basis nicht gegeben. Staatliche Bemühungen um eine Industrialisierung, die teilweise schon mehrere Jahrzehnte zurückgingen, vermochten ebenfalls nur in wenigen Fällen nachhaltige Änderungen zu bewirken. Erst in den dreißiger Jahren begannen großangelegte Planungen wie z. B. in Ungarn das erwähnte staatliche Investitionsprogramm.

### 3. Staatliche Mittelwidmung für Investitionen

Mit der Ausrichtung der Wirtschaft in den vier Ländern Südosteuropas auf das sowjetische Modell einer sozialistischen Übergangswirtschaft ergaben sich bekanntlich tiefgreifende strukturelle Änderungen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die Aktivität des Staates dehnte sich vom politischen Sektor in großem Umfang auf den wirtschaftlichen Bereich aus, und bis etwa 1947/48 war z. B. in Ungarn bereits die überwiegende Mehrheit der Produktionsmittel in staatliches Eigentum überführt worden. Natürlich fanden diese Wandlungen ihren Ausdruck auch auf dem Gebiet der Kapitalbildung. Zwar hatte die öffentliche Kapitalbildung, wie soeben erwähnt, auch in den Jahren vor dem Kriege schon an Bedeutung gewonnen; nach der Einführung des Sozialismus erfolgte jedoch eine weitgehende Neuorientierung in Richtung auf eine überwiegende Betonung der staatlichen Investitionen. Die Finanzierung der meisten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Funktionen ging in die Hände des Staates über<sup>7</sup>.

Nichtsdestoweniger bediente man sich daneben auch einer privaten Kapitalbildung; so sah der ungarische Dreijahresplan für Wiederaufbau (1947—50) noch eine immerhin nennenswerte Beteiligung des Privatkapitals an den Investitionen vor, die sich späterhin sogar noch erhöhen sollte. Im ursprünglichen Plan waren für Investitionen insgesamt 6,6 Mrd. Forint vorgesehen, davon 4,4 Mrd. aus staatlichen, 1,2 Mrd. aus anderen öffentlichen (Lokalverwaltungen usw.), 0,1 Mrd. aus fremden (sowjetischen), 0,3 Mrd. aus genossenschaftlichen und 0,6 Mrd. aus privaten Mitteln. Die staatlichen Aufwendungen sollten im ersten Jahr 73,7 %, in den nächsten beiden Jahren jedoch nur noch

<sup>7</sup> Vgl. Á. Schmidt, *Az állami költésgetés tervezése* (Planung des Staatshaushaltes), *Pénzügyi Szemle* (Finanzrundschau), Jg. 1, Budapest, 1954, S. 341 ff., und B. G. Boldyrjow, *Die Finanzen der europäischen Länder der Volksdemokratie*, Berlin, Verlag Die Wirtschaft, 1953. Danach waren z. B. in Ungarn schon 1948 alle Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten in Staatshand. Als Ergebnis der Kollektivierung der Industrie entfielen bereits um diese Zeit mehr als 90 % der gesamten Industrieproduktion auf die volkseigenen Betriebe (ebd., S. 127). In bezug auf Rumänien wird für den entsprechenden Zeitpunkt dieselbe Zahl genannt (ebd., S. 148), während in Bulgarien um das Jahr 1950 schon 99,9 % der Industrieproduktion aus staatlichen Unternehmen stammten (ebd., S. 181).

66 bzw. 62,4 % der Investitionen decken, während der entsprechende Anteil aus privaten Mitteln 6,8 %, 9,1 % und 10 % betragen sollte<sup>8</sup>.

Diese Voranschläge wurden 1948—49 im Zuge der weiteren Kollektivierung der Wirtschaft beträchtlich geändert und der Anteil der privaten Kapitalbildung nahm entsprechend ab. Im wesentlichen ähnliche Züge weisen Rumänien und — mit gewissen Einschränkungen — auch Bulgarien und Albanien auf.

Über die Bedeutung der privaten Ersparnisbildung in den 1950er Jahren lassen sich höchstens einige vorsichtige Annahmen machen; wenn auch die verfügbaren Quellen keine quantitativen Anhaltspunkte für den Umfang einer privaten Kapitalansammlung bieten, ja meistens nicht einmal die Existenz einer solchen andeuten, so dürfte doch die Vermutung berechtigt sein, daß sie bis zur jüngsten Entwicklung noch nicht vollkommen von den öffentlichen Investitionen verdrängt worden ist. Als solche „Reservate“ privaten Sparens kommen hauptsächlich die Landwirtschaft und das Kleingewerbe in Betracht.

#### 4. Trendrichtungen der öffentlichen Ausgaben

Da dem Staatshaushalt als Quelle der Kapitalbildung in den südosteuropäischen Volksrepubliken eine eindeutig führende Rolle zukommt, sind Investitionen offenbar nicht in gleicher Weise wie in einer westlichen Marktwirtschaft etwa Reflexe mehr oder weniger autonomer Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte, sondern funktional mit dem gesamten Komplex der Fiskalpolitik verbunden. Investitionsentscheidungen sind daher in diesen Ländern unmittelbar abhängig von den finanzwirtschaftlichen Zielsetzungen. Man kann sie am besten analysieren, wenn man sie im Zusammenhang mit den übrigen Größen des Staatshaushaltes betrachtet; die Ausgabengestaltung des Staates steht naturgemäß im Mittelpunkt des Interesses. Daraus ergibt sich eine Zweiteilung der folgenden Analyse. Es soll zunächst der jüngste Trend der Staatsausgaben herausgearbeitet werden (s. Tafeln 1—5)<sup>9</sup>, um zu gewissen allgemeinen Schlüssen über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den fiskalpolitischen Zielsetzungen zu gelangen. In einem zweiten Schritt wird die langfristige Gestaltung der Investitionsquote des Staatshaushaltes geprüft (s. Tafel 6). Die Untersuchung der

<sup>8</sup> Vgl. The Hungarian Three Year Plan, Budapest, Hungarian Bulletin, ohne Jahresangabe, S. 29 und 55. Für die Entwicklung in den Jahren 1948—1949 vgl. G. K e m é n y, Economic Planning in Hungary 1947—49, London-New York, Royal Institute of International Affairs, 1952, S. 60—61.

<sup>9</sup> Dieser Teil der Untersuchung stützt sich für alle Länder auf Plandaten, weil diese die trendmäßigen Änderungen fiskalpolitischer Zielsetzungen, auf die es in diesem Abschnitt in erster Linie ankommt, besser zum Ausdruck bringen, als das bei Ist-Daten der Fall ist. Plandaten sind im allgemeinen auch leichter und in größerer Vollständigkeit zu erreichen.

T a f e l 1  
Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in Ungarn<sup>a)</sup>

Haushaltsjahr	Gesamtausgaben	d a r u n t e r			Gesamtausgaben Index 1951 = 100	Ausgaben für		
		Volks-wirtsch.	Sozial-u. Kult.	Macht-pol. <sup>b)</sup>		Volks-wirtsch.	Sozial-u. Kult.	Macht-polit.
	in Milliarden Forint				in % der Gesamtausgaben			
1949	11,5	4,8	1,3	5,4	38,9	41,7	11,3	46,9
1950	23,9	11,6	4,0	8,3	81,0	48,5	16,7	34,7
1951	29,5	15,1	5,4	9,0	100,0	51,2	18,3	30,5
1952	42,5	23,0	8,2	11,3	144,0	54,1	19,3	26,6
1953	49,0	29,5	8,7	10,8	166,1	60,2	17,7	22,1
1954	47,9	28,3	10,1	9,5	162,4	59,1	21,1	19,8
1955	45,5	25,3	10,4	9,8	154,2	55,6	22,9	21,5
1956	42,1	22,6	11,5	8,0	142,7	53,7	27,3	19,0
1957	51,9	33,7	12,6	5,6	175,9	65,0	24,3	10,7
1958	48,8	28,3	14,2	6,3	165,4	58,0	29,1	12,9
1959	52,0	28,8	16,2	7,0	176,3	55,4	31,1	13,4

Quellen: 1949—1953: zusammengestellt und überlassen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. — 1954: Törvények és Rendeletek Hivatalos Gyűjteménye 1954 (Amtliche Sammlung der Gesetze und Verordnungen 1954), Budapest, A Minisztertanács Titkársága (Sekretariat des Ministerrates), 1955, S. 12. — 1955: ebd., Jg. 1955, S. 3. — 1956: Magyar Közlöny (Ungarisches Mitteilungsblatt), Jg. 1956, No. 16, vom 26. 2. 1956, S. 90. — 1957: Törvények és Rendeletek Hivatalos Gyűjteménye 1957, a.a.O., 1958, S. 4. — 1958: Magyar Közlöny, Jg. 1958, S. 287—288. — 1959: ebd., Jg. 1959, S. 119—120.

a) Zusammengestellt auf Grund von Haushaltsvoranschlägen (Planziffern).

b) Dieser Posten enthält Ausgaben für Verteidigung, Verwaltung, öffentliche Ordnung und Rechtspflege sowie Sonstiges.

kurzfristigen Bewegungen der Kapitalbildung ist dem Abschnitt II vorbehalten.

Es ist zweckmäßig, das verfügbare statistische Material über die Staatsausgaben so zu gliedern, daß es die traditionelle Trichotomie der staatlichen Zielsetzungen — kultur- und sozialpolitische, volkswirtschaftliche und machtpolitische Ziele — wiedergibt und dadurch einen modellmäßigen Vergleich mit früheren Entwicklungstendenzen gestattet<sup>10</sup>. Das Verhältnis der drei Zielsetzungen ist im Laufe einer langfristigen Entwicklung zunächst meistens durch eine überwiegende Betonung des machtpolitischen Elementes gekennzeichnet; dabei wird der Aufbau einer Position politischer und militärischer Stärke angestrebt, die als Voraussetzung für die Verwirklichung volkswirtschaftlicher sowie kultur- und sozialpolitischer Ziele angesehen wird. Machtpolitik ist also meistens nicht Selbstzweck, sondern in ihrer Bedeutung den anderen Zielen, deren Durchsetzung sie ermöglichen soll, untergeordnet. Im Zuge einer ungestört fortschreitenden sozialen Entwicklung zeigt sich dieses Verhältnis gewöhnlich in einem Übergang vom Macht-

<sup>10</sup> Vgl. meine Bücher: Weltwirtschaftspolitik im Entstehen, Jena, Fischer, 1933, insbesondere Abschnitte III—VI, S. 90—219, und Private Enterprise and Governmental Planing. An Integration, New York—Toronto—London, McGraw-Hill, 1950, insbesondere Abschnitt VIII, S. 130—142.

T a f e l 2  
Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in Rumänien<sup>a)</sup>

Haushaltsjahr	Gesamtausgaben	d a r u n t e r			Gesamtausgaben Index <sup>c)</sup> 1951 = 100	Ausgaben für		
		Volks-wirtsch.	Sozial-u. Kult.	Macht-pol. <sup>b)</sup>		Volks-wirtsch.	Sozial-u. Kult.	Macht-polit.
		in Milliarden Lei				in % der Gesamtausgaben		
1950	350,7	131,3	87,0	132,4	81,6	37,4	24,8	37,8
1951	429,9	199,7	104,7	125,5	100,0	46,4	24,3	29,3
1952	30,6	16,1	5,4	9,1	142,3	52,6	17,6	29,8
1953	37,5	23,9	5,3	8,3	174,4	63,7	14,1	22,2
1954	39,3	24,0	6,2	9,1	182,7	61,1	15,8	23,1
1955	43,0	24,4	6,9	11,7	200,0	56,8	16,0	27,2
1956	44,4	26,1	7,7	10,6	206,5	58,8	17,3	23,9
1957	45,2	23,9	10,5	10,8	210,2	52,9	23,2	23,9
1958	47,2	26,5	11,3	9,4	219,5	56,1	23,9	20,0

Quellen: 1950—1953: Conrad, G. J., Die Wirtschaft Rumäniens von 1945 bis 1952, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte, N.F. 23 Berlin, Duncker & Humblot, 1953, S. 20. — 1954: United Nations, Economic Commission for Europe, Research and Planning Division, Economic Bulletin for Europe, Vol. 7, No. 2, Genf, August 1955, S. 19. — 1955—1956: United Nations, ebd., Vol. 8, No. 1, Genf, May 1956, S. 26—27. — 1957—1958: United Nations, ebd., Vol. 10, No. 1, Genf, May 1958, S. 36—37.

a) Zusammengestellt auf Grund von Haushaltsvoranschlägen (Planziffern).

b) Dieser Posten enthält Ausgaben für Verteidigung, Verwaltung und Sonstiges.

c) Die Angaben für das Basisjahr 1951 wurden auf neue Lei umgerechnet. Kurs: 20 Lei alter Parität = 1 Lei neuer Parität. Vgl. Hotarirea consiliului de ministri al R.P.R. (Beschluß des Ministerrates der Volksrepublik Rumänien vom 26. Januar 1952), Probleme Economice (Wirtschaftliche Probleme), Bukarest, Jg. 1952, No. 1, S. I—IX.

staat zum Wohlfahrtsstaat. Das anfängliche Übergewicht der Ausgaben für die Verwirklichung machtpolitischer Zielsetzungen verringert sich auf den späteren Entwicklungsstufen dieses Prozesses zugunsten der in den Vordergrund dringenden wohlfahrtspolitischen Ausgaben. Diese verteilen sich auf materielle (Förderung der Güterproduktion) und immaterielle Zwecke (Pflege von Kultur, Wissenschaft und Erziehung). Das Tempo und ein gleichmäßiger oder ungleichmäßiger Verlauf dieses Überganges hängen im wesentlichen von der außen- und innenpolitischen Lage des Staates ab. Ein allmähliches relatives Zurückweichen der auf Sicherung gegen außenpolitische Gefahren gerichteten Ausgaben kann nur dann erwartet werden, wenn sie zu einer solchen Festigung des Staatsgebildes geführt haben, daß seine Existenz durch militärische Bedrohung nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Ebenso werden die Aufwendungen für die innere Sicherheit nur dann abnehmen, wenn eine fortschreitende innenpolitische Konsolidierung eintritt.

Dieser Entwicklungsprozeß erstreckt sich im allgemeinen über längere Zeiträume und umfaßt oftmals viele Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte. Er kann durch besondere Umstände beschleunigt, aber auch verlangsamt werden. Eine Umkehrung der Trendrichtung läßt sich jedoch auch bei Ereignissen von einschneidender Bedeutung, wie z. B.

T a f e l 3  
Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in Bulgarien<sup>a)</sup>

Haushaltsjahr	Gesamtausgaben	d a r u n t e r			Gesamtausgaben Index <sup>c)</sup> 1953 = 100	Ausgaben für		
		Volks-wirtsch.	Sozial-u. Kult.	Macht-pol. <sup>b)</sup>		Volks-wirtsch.	Sozial-u. Kult.	Macht-polit.
	in Milliarden neue Lewa				in % der Gesamtausgaben			
1953	16,3	9,1	3,3	3,9	100,0	55,9	20,2	23,9
1954	17,0	9,5	3,6	3,9	104,2	55,9	21,2	22,9
1955	17,3	9,4	3,9	4,0	106,1	54,5	22,4	23,1
1956	17,5	9,8	4,0	3,7	107,3	56,0	22,9	21,1
1957	18,4	10,4	4,4	3,6	112,8	56,5	23,9	19,6
1958	19,7	11,0	4,9	3,8	120,8	55,8	24,8	19,4

*Quellen:* 1953—1956: Rochlin, R. P., Die Wirtschaft Bulgariens seit 1945, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N.F. 38, Berlin, Duncker & Humblot, 1957, S. 16. — 1953—1956: United Nations, Economic commission for Europe, Research and Planning Division, Economic Bulletin for Europe, Vol. 10, No. 1, Genf, May 1958, S. 36—37.

a) Zusammengestellt auf Grund von Haushaltsvoranschlägen (Planziffern).

b) Dieser Posten enthält Ausgaben für Verteidigung, Verwaltung und Sonstiges.

c) Wegen Währungsreform und Änderungen des Haushaltswesens im Jahre 1952 wurde das darauf folgende Jahr als Ausgangspunkt gewählt.

dem ersten Weltkrieg, nicht feststellen, soweit man von kurzfristigen Verschiebungen, die sich aus der besonderen Situation einzelner Staaten erklären, absieht.

Überblickt man die Gesamtentwicklung der öffentlichen Ausgaben Ungarns in bezug auf ihre Verteilung nach volkswirtschaftlichen, kultur- und sozialpolitischen sowie machtpolitischen<sup>11</sup> Zielen während des Zeitraumes von 1950<sup>12</sup> bis 1959, so zeigt sich, daß die machtpolitischen

<sup>11</sup> Wenn man aus dem vorhandenen Quellenmaterial die Ausgaben, die machtpolitischen Zwecken im obigen Sinne dienen, aussondert, gelangt man zum Ergebnis, daß hierunter alle Ausgaben fallen, die nicht ausdrücklich volkswirtschaftlichen bzw. sozial-kulturellen Zwecken zugeordnet sind. Gewöhnlich gehören zu dieser Gruppe nach dem sowjetischen Vorbild der Haushaltstruktur die Untergruppen: Verteidigung, Verwaltung und Sonstiges, wobei das „Sonstige“ eine offenbleibende Frage darstellt. Das Verhältnis zwischen diesen Posten gestaltete sich z. B. in Ungarn (in Prozenten der Gesamtausgaben) im Durchschnitt der Jahre 1949—55 folgendermaßen: Verteidigung 13 %, Verwaltung 4,7 % (mit etwas abnehmender Tendenz) und „Sonstiges“ (nicht näher gekennzeichnet), das sich von 26 % auf 3 bis 4 % verringerte. Seit 1957 erscheint die letztere Spalte des Haushaltes nicht mehr; nunmehr sind aber Ausgaben für „öffentliche Ordnung und Rechtspflege“ angeführt. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß unter den früheren Posten „Sonstiges“ auch bereits derartige Ausgaben gerechnet wurden. — In Rumänien enthält der Posten „Sonstiges“ 1950—51 etwa zur Hälfte internationale Verpflichtungen (Reparationszahlung usw.), was für die gleichen Jahre auch für Ungarn zu vermuten ist. Vgl. N. N. Rowinsky, Der Staatshaushalt der UdSSR, übersetzt von H. Werner, Berlin, Verlag für Kultur und Fortschritt, 1953, Bd. I, S. 3 ff. — Zur Anpassung des ungarischen Budgets an das der UdSSR vgl. A. Schmidt, a.a.O., S. 341, und Gy. Badacsonyi, Költéségetésünk 10 éves fejlődése (Zehnjährige Entwicklung unseres Staatshaushaltes), Pénzügyi Szemle, Jg. 2, Budapest, 1956, S. 281.

<sup>12</sup> Der Zeitabschnitt 1949—50 nimmt in diesem Zusammenhang eine Sonderstellung ein. Der Geldwert der gesamten Staatsausgaben erfährt einen sprung-

**Tafel 4**  
**Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in Albanien<sup>a)</sup>**

Haushaltsjahr	Gesamtausgaben	darunter			Gesamtausgaben Index 1952 c) = 100	Ausgaben für		
		Volkswirtsch.	Sozial- u. Kult.	Macht-pol. <sup>b)</sup>		Volkswirtsch.	Sozial- u. Kult.	Macht-polit.
in % der Gesamtausgaben								
1952	10,2	4,0	2,2	4,0	100,0	39,2	21,6	39,2
1953	11,2	5,4	2,4	3,4	110,0	48,2	21,4	30,4
1954	9,9	3,9	2,0	4,0	97,1	39,4	20,2	40,4
1955	11,6	4,6	2,3	4,7	113,7	39,7	19,8	40,5
1956	13,8	5,1	3,9	4,8	135,3	36,9	28,3	34,8
1957	14,9	9,1	2,8	3,0	146,1	61,0	18,8	20,1
1958	26,2	16,8	5,2	4,2	256,9	64,1	19,8	16,0

*Quellen:* 1952—1954: United Nations, Economic Commission for Europe, Research and Planning Division, Economic Bulletin for Europe, Vol. 7, No. 2, Genf, 1955, S. 29. — 1955—1956: ebd., Vol. 8, No. 1, Genf, 1956, S. 26. — 1957—1958: ebd., Vol. 10, No. 1, Genf, 1958, S. 36.

a) Zusammengestellt auf Grund von Haushaltsvoranschlägen (Planziffern).

b) Dieser Posten enthält Ausgaben für Verteidigung, Verwaltung und Sonstiges.

c) Wurde als Basisjahr gewählt, da Angaben für frühere Jahre zu unvollständig.

Ausgaben trendmäßig stark an Gewicht verloren; auf der anderen Seite erhöhten sich die Anteile der Aufwendungen für volkswirtschaftliche und sozial- bzw. kulturpolitische Zwecke entsprechend. Die machtpolitischen Ausgaben haben sich von etwa einem Drittel der Staatsausgaben im Ausgangsjahr auf ein Achtel im Jahre 1959 ermäßigt. Die sozial- und kulturpolitischen Ausgaben betragen 1950 etwa ein Sechstel und 1959 knapp ein Drittel, die volkswirtschaftlichen Ausgaben in den entsprechenden Jahren 48,5 bzw. 55,4 % der Gesamtausgaben.

Diese Entwicklung in Ungarn scheint das oben skizzierte Modell zu bestätigen, denn sie legt eine bemerkenswerte Verschiebung zugunsten der volkswirtschaftlichen und sozial- bzw. kulturpolitischen Zielsetzungen auf Kosten der Machtpolitik dar<sup>13</sup>. Abweichend von der normaler-

artigen Zuwachs von etwa 107 %. Das erklärt sich teilweise aus budgettechnischen Veränderungen. Der entscheidende Grund für diese Entwicklung scheint aber in der Tatsache zu liegen, daß das Jahr 1950 das erste Jahr des Fünfjahresplanes war, der eine Periode straffer Konzentrierung der Industrieproduktion in der Hand des Staates und stark forcierten Ausbaues der Industriekapazität einleitete. Allein von 1949 auf 1950 steigt der Geldwert der staatlichen Gesamtinvestition auf mehr als das Doppelte. Vgl. dazu Haushaltsexposé des Finanzministers I. K o s s a, Szabad Nép, A Magyar Dolgozók Pártjának központi lapja (Freies Volk, Zentralorgan der Ungarischen Partei der Werktätigen), Jg. 7, Nr. 289, vom 13. Dezember 1949, S. 2: „Der neue Haushaltsplan umfaßt neben den Verwaltungs- und Verteidigungsausgaben im engeren Sinne die Ausgaben zur Förderung der Volkswirtschaft und für sozial-kulturelle Zielsetzungen . . . , damit gelangt ein immer größerer Teil des Nationaleinkommens unter die Kontrolle des Budgets.“ Vgl. auch Á. S c h m i d t, a.a.O., S. 342. Änderungen des Geldwertes werden bei dieser Entwicklung im vorliegenden Zusammenhang nicht besonders untersucht.

<sup>13</sup> Dabei ist allerdings zu beachten, daß die absolute Höhe der verausgabten Beträge für alle Sparten stieg und hier nur von relativen Anteilen die Rede ist.

Tafel 5  
Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in der Sowjetunion<sup>a)</sup>

Haushaltsjahr	Gesamtausgaben	darunter			Gesamtausgaben Index 1951 = 100	Ausgaben für		
		Volks-wirtsch.	Sozial-u. Kult.	Macht-pol. <sup>b)</sup>		Volks-wirtsch.	Sozial-u. Kult.	Macht-polit.
	in Milliarden Rubel				in % der Gesamtausgaben			
1946	415,4	152,5	119,2	143,7	92,0	36,7	28,7	34,6
1950	427,9	164,4	120,7	142,8	94,7	38,4	28,2	33,4
1951	451,5	178,5	120,8	152,2	100,0	39,5	26,7	33,8
1952	476,9	180,4	124,8	171,7	105,6	37,8	26,2	36,0
1953	530,5	192,4	129,9	208,2	117,5	36,3	24,5	39,2
1954	562,8	216,4	141,4	205,1	124,7	38,4	25,1	36,5
1955	563,5	223,3	147,0	193,2	124,8	39,6	26,1	34,3
1956	569,6	237,3	161,5	170,8	126,2	41,7	28,3	30,0
1957	604,6	244,7	188,4	171,5	133,9	40,5	31,2	28,3
1958	627,7	257,2	212,8	157,7	139,0	41,0	34,0	25,0

Quellen: 1949: Rowinsky, N. N., Der Staatshaushalt der UdSSR, übersetzt von W. Fickenscher, Berlin, Verlag Kultur und Fortschritt, 1951, Bd. I, S. 47. — 1950—1954: Kovan'kovskij, P. L., Bjudžet SSSR (Istoriko-kritičeskij obzor) (Das Budget der UdSSR, Eine historisch-kritische Übersicht), München, Institut zur Erforschung der UdSSR, 1956, S. 131—134. — 1955—1956: United Nations, Economic Commission for Europe, Research and Planning Division, Economic Bulletin for Europe, Vol. 8, No. 1, Genf 1956, S. 26—27. — 1957—1958: a.a.O., Economic Survey of Europe in 1957, Genf, 1958, S. A-68.

a) Zusammengestellt auf Grund von Haushaltsvoranschlägen (Planziffern).

b) Dieser Posten enthält Ausgaben für Verteidigung, Verwaltung und Sonstiges.

weise zu beobachtenden Langfristigkeit dieser Tendenzen hat sich die Entwicklung in Ungarn aber in dem relativ kurzen Zeitraum von zehn Jahren abgespielt. Kräfte, die offenbar beschleunigend gewirkt haben, waren u. a. die Dringlichkeit der Nachkriegsprobleme, die schnell gelöst werden mußten, und der ökonomische Wettbewerb zwischen östlichen und westlichen Wirtschaftssystemen.

Die Höhe der machtpolitischen Ausgaben ist zu Beginn der Entwicklung wesentlich bestimmt durch die Situation der Volksrepublik Ungarn als eines neuen Staatsgebildes unter kommunistischer Führung, deren Absichten offenbar auf die Festigung der neuen Ordnung nach innen und außen gerichtet sein und entsprechend zu einer starken Betonung der machtpolitischen Ziele führen sollten. Die in den folgenden Jahren deutlich — wenn auch nicht völlig kontinuierlich — abnehmenden Anteile der machtpolitischen Ausgaben an den Gesamtausgaben schienen auf eine gewisse Konsolidierung und Stabilisierung der staatlichen Ordnung hinzudeuten. Im Sinken der Anteile von 34,7 % im Jahre 1950 bis auf 10,7 % im Jahre 1957 findet dieser Trend zur relativen Verdrängung der ausgesprochenen Machtpolitik seinen Ausdruck. Seit 1957 ist dann jedoch wieder ein leichtes Anwachsen der machtpolitischen Ausgaben zu beobachten, das seinen Grund in den Nachwirkungen der politischen Ereignisse vom Oktober 1956 hat.

Die sozial- und kulturpolitischen Ausgaben zeigen deutlich eine negative Korrelation mit den machtpolitischen Ausgaben, was wiederum die Annahme stützt, daß das ursprünglich bei langfristigen Entwicklungen beobachtete Modell auch für die relativ kurze Nachkriegsentwicklung in Ungarn Gültigkeit besitzt. In dem geringen Anteil dieser Ausgaben von 16,7 % im Jahre 1950 spiegelt sich teilweise lediglich die Höhe der machtpolitischen Ausgaben. Trendmäßig ist in den folgenden Jahren eine starke Zunahme in der Betonung des sozialpolitischen Aufgabenbereichs zu verzeichnen. Kurzfristige Rückschläge trüben im wesentlichen nicht das Bild einer ziemlich stetigen Aufwärtsentwicklung, bis im Jahre 1959 diesen Zielen immerhin ein knappes Drittel der gesamten Staatsausgaben gewidmet wird.

Die wichtigste Größe im Zusammenhang dieser Untersuchung sind aber die staatlichen Ausgaben für die Volkswirtschaft. Der Sektor Volkswirtschaft nimmt schon am Anfang des Betrachtungszeitraumes fast die Hälfte aller Staatsausgaben in Anspruch. Das erklärt sich durch die beherrschende Stellung, die die zentrale Planung der Wirtschaft eines kollektivistischen Systems im Rahmen der gesamten staatlichen Aktivität einnimmt. In den folgenden Jahren weisen die volkswirtschaftlichen Ausgaben zwar eine relative Steigerung auf; sie ist jedoch schwächer als die Steigerung der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke. Die Zuweisung von Mitteln für die Verwirklichung solcher Ziele wird also offenbar flexibler gehandhabt als die volkswirtschaftlichen Ausgaben. Da die sozialen und kulturellen Aufwendungen kurzfristig für den Bestand des Staates von weniger großer Bedeutung zu sein pflegen, mußten sie zunächst hinter den durch die Umstellung auf eine sozialistische Übergangswirtschaft bedingten dringenden politischen und ökonomischen Aufgaben zurücktreten. Bei der Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung mit den Hypothesen des Modells besitzt aber die Analyse der Beziehungen zwischen den Ausgaben für volkswirtschaftliche und denen für sozialpolitische und kulturelle Zwecke nur eine untergeordnete Bedeutung. Im Verhältnis zu den machtpolitischen Aufwendungen sind beide Gruppen mehr oder weniger als eine Einheit anzusehen; denn nicht nur die sozial- und kulturpolitischen Zielsetzungen sind auf eine Steigerung der Wohlfahrt ausgerichtet, sondern unter langfristigen Aspekten auch die volkswirtschaftlichen. Eine Verfolgung der Bewegung beider Ausgabengruppen bis etwa zu den Oktoberereignissen des Jahres 1956 zeigt, daß hier offenbar eine Entwicklung vorliegt, die dem dargelegten Modell des Übergangs vom Macht- zum Wohlfahrtsstaat entspricht.

Wie bereits erwähnt, scheint sich seit den Oktoberereignissen eine Tendenz zu einem Rückschwung vom Wohlfahrts- zum Machtstaat an-

zudeuten<sup>14</sup>. Die frühere Politik des forcierten Wirtschaftswachstums wird insbesondere seit 1958 etwas in den Hintergrund gedrängt durch erhöhte Anstrengungen auf machtpolitischem, aber auch auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet. Erhebliche Aufwendungen werden gemacht, um Armee und Organe der öffentlichen Sicherheit neu aufzubauen bzw. zu reorganisieren und so die innere Ordnung auf ein festes Fundament zu stellen. Zur Beruhigung der innenpolitischen Lage sind offenbar auch die erhöhten Aufwendungen auf sozialem und kulturellem Gebiet bestimmt. Dabei standen Verbesserungen der Sozialleistungen und der Neubau von Wohnungen im Vordergrund. Die Aufwendungen für die Volkswirtschaft verringern sich im Vergleich zu den anderen Ausgaben zwar beträchtlich. Es ist aber wahrscheinlich, daß sie in Wirklichkeit höher waren, als die Daten der Haushaltspläne es vermuten lassen. Aus der Sowjetunion und den benachbarten Volksrepubliken wurden erhebliche finanzielle und materielle Zuschüsse geleistet, die im wesentlichen der Volkswirtschaft zugute kamen<sup>15</sup>. Man kann also annehmen, daß die Verlagerung der Zielsetzungen vom wohlfahrtspolitischen auf das machtpolitische Gebiet in Wirklichkeit nicht so ausgeprägt war, wie die budgetstatistischen Zahlen es anzudeuten scheinen. Ein Teil der zahlenmäßigen Verschiebungen ist offenbar auch auf Änderungen von statistischen Zählmethoden zurückzuführen, die im Zuge von Verwaltungsreformen nach dem Herbst 1956 vorgenommen wurden.

Stellt nun die ungarische Entwicklung und Verteilung der öffentlichen Ausgaben in den 50er Jahren eine einmalige Erscheinung dar, die sich nur auf die besonderen Verhältnisse dieses Landes bezieht, oder kommen in ihr einigermaßen allgemeine Züge eines übergangswirtschaftlichen Modells des Sozialismus zum Ausdruck? Um diese Frage zu beantworten, sind nunmehr die budgetmäßigen Strukturwandlungen der anderen drei Volksrepubliken Südosteuropas zum Vergleich kurz zu prüfen.

Die trendmäßige Abnahme der machtpolitischen Ausgaben im betrachteten Zeitraum ist eine auch in diesen Ländern (s. Tafeln 2—4) zu beobachtende Erscheinung. In Rumänien nehmen die machtpoli-

<sup>14</sup> Das Jahr 1957 nimmt zunächst eine gewisse Sonderstellung ein. Das starke Anwachsen des Anteils der volkswirtschaftlichen Ausgaben auf Kosten aller anderen Ausgabearten läßt sich hauptsächlich wieder aus den Nachwirkungen der Ereignisse vom Oktober 1956 erklären. Die besonders auf wirtschaftlichem Gebiet durch Zerstörung und Produktionsausfall aufgetretenen Schäden erforderten offenbar zunächst eine stoßartige Konzentrierung aller Mittel auf den Sektor der Volkswirtschaft. Eine vorübergehende Verminderung des Gewichtes aller anderen Ausgabearten konnte dabei nicht vermieden werden.

<sup>15</sup> Vgl. Fontosabb adatok az 1956 október-decemberi időszokról (Wichtigere Daten des Zeitraumes Oktober—Dezember 1956), Budapest, Központi Statisztikai Hivatal (Statistisches Zentralamt), 1957, insbesondere S. 28—29.

tischen Zielsetzungen zu Beginn der 50er<sup>16</sup> Jahre einen relativ hohen Prozentsatz der öffentlichen Gesamtausgaben in Anspruch, um nachher zu sinken; von 37,8 % im Jahre 1950 gehen sie bis 1958 auf 20 % zurück. Zwar sind die absoluten Geldbeträge, die machtpolitischen Zwecken gewidmet wurden, gestiegen, aber die Relationen haben sich eindeutig zugunsten der volkswirtschaftlichen und sozial- sowie kulturpolitischen Aufgaben verschoben. In Bulgarien lassen die verfügbaren Daten eine so starke verhältnismäßige Abnahme der Bedeutung machtpolitischer Ziele wie in Ungarn und Rumänien nicht erkennen, jedoch ist eine entsprechende Tendenz deutlich zu sehen. Die Anteile dieser Ausgaben sinken kontinuierlich von einem knappen Viertel der gesamten Staatsausgaben im Jahre 1953 auf ein knappes Fünftel im Jahre 1958<sup>17</sup>. Der albanische Haushalt weist einen ähnlichen Trend der relativen Rückentwicklung machtpolitischer Ausgaben sehr ausgeprägt auf. Sie verringern sich im Zeitraum von 1952 bis 1958 auf weniger als die Hälfte, nämlich von 39,2 % auf 16,0 % der gesamten Staatsausgaben. Diese Abnahme ist besonders seit 1956 zu verzeichnen. Hier kommt infolge der besonderen strategischen Lage Albaniens die damalige Beilegung des Konflikts zwischen Jugoslawien und dem Sowjetblock zum Ausdruck, der von dieser Zeit an vorläufig nicht mehr eine offene Kriegsgefahr in sich barg. Für alle vier südosteuropäischen Volksrepubliken läßt sich die aus dem Modell abgeleitete Entwicklung der machtpolitischen Ausgaben einigermaßen übereinstimmend beobachten. Die für Ungarn festgestellte entgegengesetzte Erscheinung in den Jahren 1957—1959 hat jedoch keine Parallele in den übrigen Ländern und dürfte somit allein auf die außergewöhnlichen Umstände, die durch die politische Erschütterung im Oktober 1956 hervorgerufen wurden, zurückzuführen sein.

Übrigens gestaltete sich die für Ungarn berechenbare negative Korrelation zwischen machtpolitischen und sozial- sowie kulturpolitischen Ausgaben in den anderen drei Ländern auch sonst nicht ähnlich eindeutig. Der Grund dafür dürfte in der Tatsache zu suchen sein, daß die zwischen den südosteuropäischen Volksrepubliken bestehenden Unterschiede auf sozialem und kulturellem Gebiet noch erheblich größer waren als auf wirtschaftlichem. In Rumänien weicht die Entwicklung

<sup>16</sup> Infolge der Inflation und der darauffolgenden budgettechnischen Umstellung bieten die ersten Nachkriegsjahre bis etwa 1949—50 keine vergleichbaren Zahlen dar; vgl. G. J. Conrad, Die Wirtschaft Rumäniens von 1945 bis 1952, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N.F. 23, Berlin, Duncker & Humblot, 1953, S. 20 ff. — B. G. Boldyrjow, a.a.O., S 146 ff.

<sup>17</sup> Dazu können noch einige Angaben aus früheren Jahren — Ist-Zahlen — herangezogen werden, die 1949—52 eine Abnahme des gleichen Postens von 30,7 auf 23,1 % zeigen; vgl. R. P. Rochlin, Die Wirtschaft Bulgariens seit 1945, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N.F. 38, Berlin, Duncker & Humblot, 1957, S. 16.

der sozial- und kulturpolitischen Ausgaben besonders deutlich von Ungarn und damit vom erwähnten Modellverlauf ab. Ihre Soll-Größen betragen im Jahre 1958 etwas weniger als ein Viertel der Gesamtausgaben. Diese Höhe hatten sie bereits einmal in den Jahren 1950 und 1951 erreicht. Nach einem vorübergehenden Absinken auf 14,1 % in 1953 ist seither ein trendmäßiges Ansteigen zu beobachten<sup>18</sup>. Als Erklärung dieser Erscheinung kann auf die sozialen und kulturellen Schwierigkeiten des Landes in der Nachkriegszeit sowie auf die neu auftretenden Aufgaben einer kulturellen Betreuung der nationalen Minderheiten hingewiesen werden<sup>19</sup>. In Bulgarien ist wiederum eine eindeutig „modellkonforme“ — wenn auch geringe — Zunahme der sozialen und kulturellen Aufwendungen zu verzeichnen. In sechs Jahren haben sich diese nahezu ohne Schwankungen von 20,2 % (1953) auf 24,8 % (1958) der gesamten öffentlichen Ausgaben erhöht. Die Zunahme der entsprechenden Ausgaben in Albanien ist äußerst gering. Eine modellkonforme Entwicklung läßt sich eher nur dann erkennen, wenn man die volkswirtschaftlichen und die sozial- sowie kulturpolitischen Ausgaben synoptisch betrachtet. Unter dieser Perspektive ergibt sich ein ansteigender Trend aller im engeren Sinne auf Wohlfahrtssteigerung gerichteten Staatsausgaben und zugleich auch eine negative Korrelation zur Entwicklung der machtpolitischen Aufwendungen.

Eine Entwicklung vom Machtstaat zum Wohlfahrtsstaat zeigt sich in den vier südosteuropäischen Volksrepubliken mit größeren oder geringeren Abweichungen schließlich auch in einer Gesamterhöhung der wohlfahrtspolitischen Ausgaben. Ein vollständiges Bild ist allerdings nur unter Berücksichtigung der staatlichen Aufwendungen für die Volkswirtschaft zu erlangen, wenn auch diese Aufwendungen nicht in vollem Umfange unmittelbar der Bevölkerung zugute kommen. Hier sind nämlich Aufwendungen für die Rüstungsindustrie usw. mit enthalten, die in diesem Zusammenhang nicht ausgesondert werden.

<sup>18</sup> Bei einer Untersuchung der verfügbaren Ist-Ziffern ist die Entwicklung allerdings etwas eindeutiger: die sozialen und kulturellen Aufwendungen betragen 1950—51 etwa 18 %, 1952—1955 im Durchschnitt 15 % und stiegen dann 1956—57 allmählich auf 24 %; vgl. Anuarul Statistic al R.P.R. 1958 (Statistisches Jahrbuch der Volksrepublik Rumänien 1958), Bukarest, Editura Stiintifica (Wissenschaftliche Verlagsanstalt), 1959, S. 199.

<sup>19</sup> Durch die Änderung des rumänischen Staatsgebietes während und nach dem Kriege wurde besonders das Problem der ungarischen und türkischen Minderheiten akut. In den ersten Nachkriegsjahren sind vielseitige Maßnahmen unternommen worden, um die auch schon durch wiederholte Änderungen der Landesgrenzen erschütterte kulturelle Lage dieser Minderheiten zu verbessern. So sollen z. B. 1500 Elementarschulen für die ungarische und 70 Schulen für die türkische Bevölkerung eröffnet worden sein (vgl. B. G. B o l d y r j o w, a.a.O., S. 150). Beträchtliche Aufwendungen erforderte auch die Neuordnung der Sozialversicherung, des Gesundheitswesens usw.

Der für die Finanzierung der Volkswirtschaft Rumäniens, Bulgariens und Albaniens in Anspruch genommene Teil der Staatsausgaben weist im Durchschnitt ein leichtes Ansteigen auf. Dabei ist in Rumänien eine stärkere Zunahme von etwa einem Drittel auf mehr als die Hälfte im Zeitraum 1950—1958 zu verzeichnen, während der Anteil dieser Aufwendungen in Bulgarien als nahezu konstant anzusehen ist<sup>20</sup>. Die Verminderung der machtpolitischen Ausgaben hat also ihr Gegenstück hauptsächlich in dem Anwachsen der sozialen und kulturellen Ausgaben gefunden. Die entsprechende Entwicklung in Albanien wurde bereits erläutert.

Eine Untersuchung der öffentlichen Ausgaben in den südosteuropäischen Volksrepubliken ergibt somit, daß die Trendlinien der Entwicklung mehr oder weniger ähnlich verlaufen. Diese Konformität läßt sich freilich nicht nur durch eine annähernde Übereinstimmung der wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern erklären, sondern auch durch das Bestreben, sich dem sowjetischen Vorbild anzupassen. Die entsprechende Entwicklung in der Sowjetunion (s. Tafel 5) bietet — wenn auch die Sprünge in den Zeitreihen weniger stark ausgeprägt sind — ebenfalls ein fast ähnliches Bild: im Jahrzehnt 1949—1958 sind die machtpolitischen Ausgaben von 34,6 % der gesamten öffentlichen Ausgaben auf 25 % gesunken, während sich die Aufwendungen für die Volkswirtschaft von 36,7 % auf 41 % und die für sozial- und kulturpolitische Maßnahmen von 28,7 % auf 34 % erhöhten. Ohne im einzelnen auf die Vorkriegsentwicklung der UdSSR einzugehen, kann man den gedämpfteren Verlauf aus der Tatsache erklären, daß sich die Sowjetwirtschaft bereits seit dem Beginn der 30er Jahre in jener Richtung bewegte, die von den südosteuropäischen Volksrepubliken erst im letzten Jahrzehnt eingeschlagen wurde<sup>21</sup>.

Hieraus geht hervor, daß die fiskalpolitische Entwicklung der Volksrepubliken Südosteuropas und mutatis mutandis auch der Sowjetunion mindestens trendmäßig dem Modell für den langfristigen Übergang vom Machtstaat zum Wohlfahrtsstaat entspricht. Die vier Volksrepu-

<sup>20</sup> Durch eine Heranziehung der früheren Jahre kann das Bild folgendermaßen ergänzt werden: 1949—1952 ging eine sprunghafte Verschiebung zugunsten der volkswirtschaftlichen und zum Teil sogar auf Kosten der kultur- und sozialpolitischen Ausgaben vor sich. Die wirtschaftspolitischen Aufwendungen betragen 1949 erst 38,5 %, 1952 bereits 57,3 %, die kultural-sozialen in den entsprechenden Jahren 30,8 % bzw. 19,6 %; vgl. R. P. R o c h l i n, a.a.O., S. 16. Es ist zu vermuten, daß durch diesen Sprung für die späteren Jahre eine gewissermaßen mehr ausgeglichene Entwicklung ermöglicht wurde.

<sup>21</sup> Zur Gestaltung der Staatsausgaben der Sowjetunion in den Vorkriegsjahren und 1946—56 vgl. P. K o v a n ' k o v s k i j, Bjudžet SSSR, Istoriko-kritičeskij obzor (Das Budget der UdSSR, Eine historisch-kritische Übersicht), München, Institut zur Erforschung der UdSSR, 1956, insbesondere S. 119 ff. — United Nations, Department of Economic Affairs, Economic Survey of Europe in 1951, Genf, 1951, S. 139.

blicken, die in den ersten Jahren ihres Bestehens nicht nur ihre innere staatliche Ordnung aufzubauen suchten, sondern unter den Umständen des kalten Krieges eine forcierte Aufrüstung ihrer Armeen als notwendig betrachteten, mußten zunächst verhältnismäßig hohe Anteile der verfügbaren öffentlichen Mittel für machtpolitische Zwecke aufwenden. Nachher wurde jedoch eine relative Kürzung dieser Ausgabearten angestrebt und besonders seit dem Jahre 1953 offensichtlich auch in Verbindung mit einer leichten Milderung der internationalen Spannungen durchgeführt. Das Gewicht der öffentlichen Ausgaben verlagerte sich infolgedessen auf die sozial- und kulturpolitischen und in noch größerem Maße auf die volkswirtschaftlichen Verwendungen. Die stärkere Zunahme der Ausgaben, die zur Finanzierung der Volkswirtschaft dienen, entspricht der erhöhten Wichtigkeit der staatlichen Tätigkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung der südosteuropäischen Volksrepubliken.

#### 5. Investitionen im Staatshaushalt

Eine Gesamtperspektive der Bedeutung, die die Kapitalbildung als Träger der volkswirtschaftlichen Expansion besitzt, ergibt sich, wenn man sie zu den Staatsausgaben in Beziehung setzt. Wachstumsbedingte Strukturwandlungen der Wirtschaft und insbesondere das Tempo solcher Veränderungen kommen in erster Linie in der Entwicklung der Investitionen zum Ausdruck. Auf Grund der Schlüsse, die aus der Analyse der Staatsausgaben gezogen werden konnten, läßt sich über den langfristigen Verlauf der Investitionen allgemein die Hypothese aufstellen, daß mit dem Vordringen derjenigen Staatsausgaben, die auf die Steigerung der Wohlfahrt gerichtet sind, auch die Investitionen ein stetiges und schnelles Wachstum zu zeigen pflegen. Es wurde bereits modellmäßig entfaltet, wie auf der zweiten Stufe einer fortschreitenden Industrialisierung die Produktionsgüterindustrie zunehmend in den Vordergrund tritt. Diese Hypothese läßt sich noch stützen dadurch, daß die in Tafel 6 verwendeten Zahlen Bruttoinvestitionen darstellen<sup>22</sup>. Zu der das eigentliche Wirtschaftswachstum bestimmenden Netto-

<sup>22</sup> Die dabei übliche Definition der Investitionen lautet wie folgt: „Unter Investitionen wird die Summe derjenigen Ausgaben verstanden, die in einem gewissen Zeitraum für die Aufstellung neuer produktiver und unproduktiver sowie zur Rekonstruktion der vorhandenen bzw. zur Ergänzung der verbrauchten Anlagefonds dienen.“ Vgl. J. Bálint, *Javitsuk a beruházások tervezését és előkészítését* (Verbessern wir die Planung und Vorbereitung der Investitionen), *Társadalmi Szemle*, Jg. 10, Nr. 10, Budapest, 1955, S. 42. — Ähnlich in *Statisztikai Évkönyv*, 1956, a.a.O., S. 50. — In Rumänien wird eine fast übereinstimmende Berechnung angewandt, vgl. *Anuarul Statistic al R.P.R.* 1958, a.a.O., S. 112. — Inwieweit die Bruttoinvestitionen Reinvestitionen enthalten, pflegt man näher nicht anzugeben. Es ist aber festzustellen, daß die Reinvestitionen während des ersten Fünfjahresplanes (1950—1954) in Ungarn ziemlich vernachlässigt wurden und in den darauffolgenden Jahren immer wieder betont werden mußten. Vgl. dazu J. Fátth, *Gazdasági*

Tafel 6  
Öffentliche Ausgaben und Gesamtinvestitionen<sup>a)</sup>

Haus- halts- jahr	U n g a r n		R u m ä n i e n		B u l g a r i e n		A l b a n i e n		U d S S R	
	Gesamt- ausgab. in Mrd. Forint	Ges. invest. in % der Ges. ausgab.	Gesamt- ausgab. in Mrd. Lei	Ges. invest. in % der Ges. ausgab.	Gesamt- ausgab. in Mrd. Lewa	Ges. invest. in % der Ges. ausgab.	Gesamt- ausgab. in Mrd. Lek	Ges. invest. in % der Ges. ausgab.	Gesamt- ausgab. in Mrd. Rubel	Ges. invest. in % der Ges. ausgab.
1948	10,1	2,6	95,5	12,0	4,7	1,1			370,9	66,2
1949	13,0	4,5	233,4	32,2	7,5	3,5			412,3	105,5 <sup>b)</sup>
1950	25,3	9,7	19,1	29,3	6,9	3,5	6,5	32,3	412,7	110,0
1951	33,6	13,1	21,7	36,4	11,3	4,3	9,1	31,9	443,0	123,0
1952	41,5	16,0	29,0	36,5	14,3	5,0	9,6	41,7	460,2	137,0
1953	49,0	16,8	34,4	37,8	16,3	5,6	10,0	41,0	514,7	142,0
1954	44,0	11,8	26,8	30,7	17,0	6,0	10,9	28,9	562,8	163,0
1955	43,1	11,2	42,9	35,3	16,9	4,3	13,7	33,0	537,8	180,0 <sup>c)</sup>
1956	42,1 <sup>b)</sup>	11,6	41,9	35,3	18,8	3,5 <sup>c)</sup>	15,7	27,7	561,0	208,8 <sup>c)</sup>
1957	51,9 <sup>b)</sup>	11,1	43,8	31,3	19,7 <sup>b)</sup>	4,2	26,2 <sup>b)</sup>	30,5	538,2	232,8 <sup>c)</sup>
1958	51,0	12,8	47,2 <sup>b)</sup>	32,4	19,7 <sup>b)</sup>	4,2	26,2 <sup>b)</sup>	42,0	627,7 <sup>b)</sup>	258,4 <sup>c)</sup>

Quellen:

U n g a r n, Gesamtausgaben, 1948—1953: United Nations, Research and Planning Division, Economic Commission for Europe, Economic Bulletin for Europe (im weiteren: Bulletin), Vol. 7, No. 2, Genf, 1955, S. 97. — 1954: Törvények és Rendeletek Hivatalos Gyűjteménye (Amtliche Gesetz- und Verordnungssammlung), Budapest, A. Minisztertanács Titkársága (Sekretariat des Ministerrates), 1956, S. 4. — 1955: Bulletin, Vol. 8, No. 1, S. 26—27. — 1956—1958: s. Tafel 1. — Gesamtinvestitionen, 1948: berechnet auf Grund der Angaben in Kemény, G., Economic Planning in Hungary 1947—49, London-New York, Royal Institute for International Affairs, 1952, S. 53. — 1949, 1957—1958: Statistikal Havi Közlemények (Statistisches Monatsberichte), Jg. 1959, Nr. 5, Budapest, 1959, S. 14. — 1950—1956: Statistikal Evkönyv 1956 (Statistisches Jahrbuch 1956), Budapest, Központi Statisztikai Hivatal (Statistisches Zentralamt), 1958, S. 51. — Gesamtausgaben 1958: Népszabadság, a.a.O., Jg. 17, Nr. 177 vom 30. Juli 1959, S. 2.

R u m ä n i e n, alle Daten, für die Jahre 1948—1949: Conrad, G. J., a.a.O., S. 20—21. — 1950—1957: Anuarul Statistic al R.P.R. 1958 (Statistisches Jahrbuch der Volksrepublik Rumänien 1958), Bukarest, Directia Centrala de Statistica (Statistische Zentraldirektion), 1958, S. 167 und 198. — 1958: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Research and Planning Division, Economic Survey of Europe in 1958, Genf, 1958, Kap. I, S. 9. Im weiteren zitiert als: United Nations, Economic Survey (mit entsprechender Jahresangabe). — Gesamtausgaben 1958: s. Tafel 2.

B u l g a r i e n, Gesamtausgaben, 1948 und 1955: Finansi i Kredit (Finanzen und Kredit), Jg. 1957, Nr. 1, Sofia, 1957, S. 25. — 1949 bis 1954: Lazarov, G., Finansovata politika na NR Bulgarija (Finanzpolitik in der Volksrepublik Bulgarien), Finansi i Kredit, Jg. 1954, Nr. 4, Sofia, 1954, S. 10. — 1956—1957: Bulletin, Vol. 10, No. 1, Genf, 1958, S. 36—37. — Gesamtinvestitionen, 1948—1955: United Nations, Economic Survey in 1955, Genf, 1955, S. 239. — 1956—1957: United Nations, Economic Survey in 1957, Genf, 1957, Kap. I, S. 20. — 1958: United Nations, Economic Survey in 1958, Genf, 1958, Kap. I, S. 9. — Gesamtausgaben 1956 und 1958: s. Tafel 3.

A l b a n i e n, Gesamtausgaben, 1950, 1955—1957 und Gesamtinvestitionen, 1950—1957: Anuari Statistikor i Republikës Popullore te Shqipërisë 1958 (Statistisches Jahrbuch der Volksrepublik Albanien 1958), Tiranë, Drejtoria e statistikës (Statistisches Direktorium), 1958, S. 103 und 139. — Gesamtausgaben, 1951—1954: Bulletin, Vol. 7, No. 2, Genf, 1955, S. 29. — Gesamtinvestitionen, 1949: United Nations, Economic Survey in 1955, Genf, 1955, S. 247. — 1955—1957: United Nations, Economic Survey in 1957, Genf, 1957, Kap. I, S. 20. — 1958: United Nations, Economic Survey in 1958, Kap. I, S. 9. — Gesamtausgaben 1958: United Nations, Economic Survey in 1958, Kap. I, S. 9.

S o w j e t u n i o n, Gesamtausgaben, 1948—1955: Kovan'kovskij, P., a.a.O., S. 129—134. — 1956: United Nations, Economic Survey in 1956, Genf, 1956, Kap. I, S. 8. — Gesamtinvestitionen 1948—1949: United Nations, Economic Survey in 1951, Genf, 1951, S. 143. — 1950—1954: United Nations, Economic Survey in 1955, Genf, 1955, S. 247. — 1955—1957: United Nations, Economic Survey in 1957, Genf, 1957, Kap. I, S. 20. — 1958: United Nations, Economic Survey in 1958, Kap. I, S. 9. — Gesamtausgaben 1957: Finansy SSSR (Finanzen der UdSSR), Jg. 19, Nr. 1, Moskau, 1958, S. 3. — 1958: s. Tafel 5. — Gesamtinvestitionen 1958: United Nations, Economic Survey in 1958, Kap. I, S. 3.

a) Soweit nicht anders vermerkt, Jahresergebnisse (Ist-Ziffern).

b) Haushaltsvorsanschlag (Planziffer).

c) Eigene Berechnung auf Grund von Prozentangaben.

kapitalbildung treten daher die mit wachsender Höhe des Kapitalstocks trendmäßig ebenfalls wachsenden Reinvestitionen, die überwiegend vom technischen Fortschritt abhängen und somit einen mehr oder weniger eigenständigen Anteil der volkswirtschaftlichen Investitionsquote ausmachen.

Das Verhältnis zwischen Gesamtinvestitionen und den gesamten öffentlichen Ausgaben kann man per analogiam unter Verwendung der keynesischen Terminologie als die Investitionsquote des Staates bezeichnen. In einer hohen Investitionsquote kommt die Absicht des Staates zum Ausdruck, durch eine Erweiterung des Produktionsapparates auf Kosten der gegenwärtigen eine höhere zukünftige Bedürfnisbefriedigung zu ermöglichen. Die staatliche Wohlfahrtspolitik besitzt also einen entsprechend langfristigen Charakter. Allerdings ist dabei die Einschränkung zu machen, daß nicht alle Investitionen einen langen Produktionsweg bedeuten, sondern daß es auch solche gibt, die bereits in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Wohlstandssteigerung bewirken können. Niedrige Investitionsquoten dagegen deuten auf eine staatliche Wohlfahrtspolitik hin, die eher auf die Berücksichtigung gegenwärtiger Bedürfnisse gerichtet ist. Insofern scheint es gerechtfertigt, per analogiam auch von einer staatlichen Konsumquote als einigermaßen reziproken Wert der Investitionsquote zu sprechen. Freilich sind in den statistisch als in diesem Sinne „konsumtiv“ ausgewiesenen Aufwendungen gewisse Posten enthalten, deren Wirkungen sich auch in einer zukünftigen Wohlfahrtssteigerung niederschlagen. Hier ist z. B. auf unmittelbare Ausgaben für Berufsausbildung und dergleichen hinzuweisen.

Auf Grund des in einer sozialistischen Wirtschaft angestrebten möglichst schnellen industriellen Wachstums sind im allgemeinen relativ hohe Investitionsquoten zu erwarten. Unterschiede in der Höhe dieser Quoten zwischen verschiedenen Ländern oder verschiedenen Zeitpunkten spiegeln daher die jeweiligen spezifischen Gegebenheiten und ermöglichen Rückschlüsse auf die Realisierbarkeit der verfolgten politischen Zielsetzungen. Eine Verfeinerung der Analyse kann auch in dieser Beziehung durch eine Gegenüberstellung von Soll- und Istzahlen der öffentlichen Haushalte erreicht werden. In Ergänzung zu der an längerfristigen Gegebenheiten orientierten Höhe der Investitionsquote zeigt der Grad der Planerfüllung kurzfristig auftretende Disproportionalitäten an<sup>23</sup>.

hatékonyaság az iparban (Wirtschaftliche Ergiebigkeit in der Industrie), Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó (Verlag für Volkswirtschaft und Recht), 1958, S. 71—89. Hier wird besonders auf die Unzulänglichkeit der üblichen Amortisationsquote in Ungarn im Vergleich mit der Sowjetunion und den USA hingewiesen.

<sup>23</sup> Die in den folgenden Ausführungen (Tafeln 6 und 7) verwendeten Zahlen sind mit den Daten der Tafeln 1—5 nicht unmittelbar vergleichbar. Während für

Untersucht man nunmehr die Gestaltung der Investitionsquoten in den Volksrepubliken Südosteuropas während des gleichen Zeitraumes wie die Staatsausgaben, so ergibt sich zunächst für Ungarn, daß der Anteil der Gesamtinvestitionen an den gesamten Staatsausgaben in der ersten Hälfte der Periode, von 1948 bis etwa 1952, ein erhebliches Wachstum aufweist, während die Entwicklung danach in die Ausgangslage zurückkehrt und dort verharret; eine trendmäßige Betrachtung wird hier durch die im zweiten Abschnitt zu analysierenden Schwingungen erschwert. Besonders markante Punkte in der Zeitreihe sind der Sprung von etwa einem Viertel auf ein Drittel im Jahre 1949, die Kulmination 1951 mit fast 40 %, der Rückfall auf ein reichliches Viertel im Jahre 1954 und ein einmaliges Absinken auf 21,4 % im Jahre 1957.

Die Entwicklung in Rumänien hat sich im großen und ganzen ähnlich vollzogen. Der Anteil der Investitionen hat in den letzten Jahren mit rund 30 % etwa die gleiche Höhe wie 1949. Auch hier zeigt sich ein Gipfelpunkt der Investitionsquote, der — später als in Ungarn — in das Jahr 1953 fällt<sup>24</sup>. Während sich in Albanien eine annähernde Übereinstimmung der Kapitalbildung mit Ungarn und Rumänien ergibt, fand in Bulgarien ein rasches Wachstum bereits in den Jahren 1948/49 statt, also früher als in den anderen drei Ländern. Nach der Erreichung dieses Maximums fiel die Investitionsquote, um von 1951 bis 1954 auf einer Höhe von etwa 35 % zu verharren und nachher noch weiter zu sinken.

Bei der UdSSR zeigt sich dagegen von 1949 bis 1956 ein ziemlich geradliniger Anstieg der Investitionen von 25,6 % auf 37,2 % der Staatsausgaben. Diese Entwicklung bestätigt weitgehend die eingangs aufgestellte, aus dem Stufenmodell der Industrialisierung abgeleitete Annahme, daß mit zunehmender Industrialisierung die Investitionen eine ständig wachsende Bedeutung gewinnen. Damit erweist sich die Sowjetunion, ähnlich wie es bereits bei der Analyse der Staatsausgaben zum Ausdruck kam, auch in dieser Beziehung weitgehend als modellkonform im Sinne der herangezogenen Entwicklungshypothesen. Die zum Teil erheblichen und uneinheitlichen Abweichungen von diesem Modell in den südosteuropäischen Volksrepubliken lassen es angebracht

---

den ersten Teil der Analyse die Verwendung von Angaben der Haushaltspläne (Plandaten) zweckmäßig erschien, werden bei der Weiterführung der Untersuchung Zahlen der Haushaltsrechnungen (Istdaten) zugrunde gelegt. Das ist insofern sinnvoll, als gerade die Investitionsdaten, auf die es nunmehr ankommt, verhältnismäßig große Differenzen zwischen Ist- und Plandaten aufweisen. Eine Erklärung hierfür liegt in der besonders starken güterwirtschaftlichen Abhängigkeit, der die Investitionsvorhaben mehr als andere Ausgabenarten unterworfen sind. Eine Analyse der Planerfüllung durch Gegenüberstellung der Soll- und Ist-Ziffern wäre besonders in Hinsicht auf die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und ihre Realisierbarkeit aufschlußreich, würde jedoch den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten.

<sup>24</sup> Vgl. Anmerkung 17.

erscheinen, eine Prüfung der Investitionen über die vorgenommene allgemeine Betrachtung hinaus in Richtung auf eine vergleichende Analyse der einzelnen auftretenden Fluktuationen auszuweiten. Erst dann wird es gerechtfertigt sein, diese Bewegung ursächlich zu deuten und dabei gegebenenfalls allen Ländern gemeinsame Entwicklungszüge von individuellen, auf spezielle Umstände zurückzuführenden Bewegungen zu trennen.

## II. Fluktuierende Kapitalbildung in der Übergangswirtschaft

### 6. Kurzfristige Schwankungen der Investitionsquoten

Die kurzfristige Entwicklung des nominellen Gesamtvolumens der öffentlichen Ausgaben in Ungarn verläuft in Form einer ausgeprägten Wellenlinie. In den ersten Jahren nach der Einführung der Forintwährung und der Umstellung auf eine zentralgeplante Wirtschaft ist eine ständige und rasche Zunahme zu verzeichnen, die im Zeitraum von 1949 bis 1953 beinahe zu einer nominellen Vervierfachung der Staatsausgaben führt. Vom Jahre 1954 an beginnt eine rückläufige Bewegung, die 1957 von einem erneuten Steigen abgelöst wird. Das Jahr 1958 ist wiederum durch einen Rückschwung gekennzeichnet, während die Pläne für 1959 eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben gegenüber 1958 vorsehen, die gleichzeitig auch den bisherigen Kulminationspunkt bildet. Die Jahre 1954 bis 1956 stellen daher ein klares Tal einer größeren Welle dar; der Rückgang der Staatsausgaben im Jahre 1958 unterbricht die im Vorjahr begonnene Aufwärtsentwicklung nur kurz. Untersucht man die Zeitreihen der in einzelne Ausgabenarten aufgegliederten öffentlichen Aufwendungen auf solche Fluktuationen, so ergeben sich besondere Aspekte dieser Wellenbewegung, die namentlich bei den Ausgaben für die Volkswirtschaft durch eine beträchtliche Abnahme in der Zeit von 1954 bis 1956 zum Ausdruck kommen. Mehr oder weniger ähnliche Schwingungen treten auch in den Staatshaushalten der anderen drei Volksrepubliken Südosteuropas auf.

Bei der langfristigen Analyse der Investitionsquote des Staatshaushaltes in Ungarn hatte sich bereits ergeben, daß diese erheblich um den dort konstruierten Trend schwankt. Zeigen nun die Schwankungen irgendwelche Übereinstimmungen mit denen der Staatsausgaben? Der Anteil der Investitionen an den gesamten Staatsausgaben steigt zunächst von einem reichlichen Viertel im Jahre 1948 auf beinahe zwei Fünftel im Jahre 1951, um dann in den folgenden Jahren — mit besonderem Nachdruck ab 1953 — abzusinken, bis er 1955 wieder etwa die Höhe des Ausgangsjahres erreicht. Wenn dann auch 1956 und 1958

eine erneute Zunahme zu verzeichnen ist, so bleibt sie doch hinter dem Umfang zurück, den die Beteiligung der Investitionsaufwendungen an den gesamten Staatsausgaben in den Jahren 1949 bis 1953 besaß, als diese 30 % mehrfach weit überschritt. Die Pläne für 1959 betragen ebenfalls nur 28,2 % der Staatsausgaben<sup>25</sup>. Es tritt somit eindeutig eine Abnahme der „Investitionsneigung“ im öffentlichen Haushalt seit 1952, besonders in den Jahren 1953 und 1954 hervor, der eine — wenn auch unterbrochene — Zunahme folgt.

Beim Vergleich mit den übrigen drei Volksrepubliken erkennt man im wesentlichen parallele Änderungen der Investitionsquote. In Rumänien ist ein Rückfall von rund 38 % der gesamten Staatsausgaben (1953) auf 31 % (1954/55) und in Albanien von 41,0 % (1953) auf 28,9 % (1954) zu verzeichnen. Von der ungarischen Entwicklung abweichend war allerdings in diesen zwei Ländern der Wiederanstieg nur sehr schwach. Der in Ungarn beobachtete gemäßigte Rückschwung im Jahre 1957 tritt auch in Rumänien auf. Ein leichter Rückgang zeigte sich freilich schon etwas früher auch in der Sowjetunion<sup>26</sup>.

Die allgemein auftretende vorübergehende Abnahme der Investitionsneigung in den Jahren 1953/54 läßt auf die bekannten gemeinsamen Ursachen dieser Erscheinung schließen. Die wirtschaftlichen Anstrengungen in den ersten Jahren des Anlaufs der sozialistischen Industrialisierung hatten die Kraftquellen der vier Volksrepubliken<sup>27</sup>, die gleichzeitig auch die erlittenen Kriegsschäden wieder zu beseitigen hatten, stark angespannt. Das Lebenshaltungsniveau der von der Umstellung auf eine sozialistische Übergangswirtschaft begünstigten Teile der Bevölkerung, das in den ersten Nachkriegsjahren zum Teil gestiegen war, verschlechterte sich erneut als Folge dieser Industrialisierung<sup>28</sup>. Auftretende Spannungen im wirtschaftlichen sowie im po-

<sup>25</sup> Für das Jahr 1959 wurden Investitionen in der Höhe von 14,7 Mrd. Forint geplant, die 28,3 % der gesamten Staatsausgaben betragen (vgl. Tafel 1). Vgl. Népszabadság (Volksfreiheit, Zentralorgan der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei), Jg. 16, Nr. 292, vom 10. Dezember 1958, S. 2.

<sup>26</sup> Da die Budgetangaben nur Geldwerte ausweisen, müßte eine genauere Untersuchung die Änderungen des Preisniveaus sowie der Verrechnungspreise der Investitionsgüter und verschiedene andere Faktoren berücksichtigen. Eine solche Ausweitung der Analyse soll jedoch einem anderen Zusammenhang vorbehalten bleiben.

<sup>27</sup> „Bei der Planung der Investitionen wurden oft unsere natürlichen Gegebenheiten, wirtschaftlichen Kraftquellen und Möglichkeiten außer acht gelassen. Wir rechneten nicht genug mit der möglichen Zusammenarbeit mit der UdSSR und den befreundeten Volksdemokratien.“ Gy. B a d a c s o n y i, a.a.O., S. 280.

<sup>28</sup> Der Index des Realeinkommens der arbeitenden Bevölkerung gestaltete sich in den Jahren 1949—55 in Ungarn wie folgt:

1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
100,0	101,3	89,7	82,3	87,0	102,3	106,0

(Statistikai Évkönyv 1956, a.a.O., S. 209. — Für die Jahre 1947—48 vgl. G. K e m é n y, a.a.O., S. 62). Die Senkung des Lebenshaltungsniveaus wird in der neueren Fachliteratur häufig erwähnt. Vgl. K. S z a b ó, A gazdasági fejlődés tervszerüésé-

litischen Leben wurden als Verstoß gegen das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus interpretiert, besonders da im letzten Werk Stalins die „maximale Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung“<sup>29</sup> in den Vordergrund gestellt worden war. Zur Beseitigung solcher Spannungen und zur Hebung des Lebensstandards wurden zahlreiche politische und wirtschaftliche Maßnahmen eingeführt, die im allgemeinen als „Neuer Kurs“ bezeichnet wurden<sup>30</sup>. In der aus den Zeitreihen feststellbaren Umkehrung der durch den „Neuen Kurs“ hervorgerufenen Bewegung im Jahr 1956 wird eine Rückkehr zu den am Anfang der sozialistischen Industrialisierung relevanten Zielsetzungen sichtbar. Ein Abweichen davon ergibt sich zum Teil noch einmal im Jahre 1957; es ist aber offenbar von ziemlich kurzer Dauer, denn die Ziffern für 1958 deuten wieder auf eine stärkere Betonung der industriellen Entwicklung hin.

Versucht man, den Charakter der beobachteten Schwingungen näher zu umreißen, so bieten sich zwei Möglichkeiten der Interpretation: (a) es kann sich bei diesen Fluktuationen um Erscheinungen handeln,

gének természetéről (Über die Natur der Planmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung), A Marx Károly Közgazdaságtudományi Egyetem Évkönyve 1958 (Jahrbuch der Karl Marx Wirtschaftswissenschaftlichen Universität, 1958), Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvtár, 1959, S. 94—95. — Wenn auch etwas gemildert, wird diese Erscheinung hier mit übermäßigen Investitionen und der schlechten Ernte 1952 erklärt. Ähnlich É. M. Apró, A szocialista iparosításról (Über die sozialistische Industrialisierung), Társadalmi Szemle, a.a.O., Jg. 10, Budapest, 1955, S. 27, wo von einer „nicht genügenden Erhöhung“ des Lebensstandards gesprochen wird.

<sup>29</sup> Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin, Dietz, 1953, S. 41. — In der ungarischen Literatur wurden diese Probleme mit verschiedenen Interpretationen diskutiert; vgl. I. Friss, Sztálin elvtárs „A szocializmus közgazdasági problémái a Szovjetúnióban“ c. műve a marxista-leninista elmélet kimagasló alkotása (Die „Ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ von Genossen Stalin, ein hervorragendes Werk der marxistisch-leninistischen Theorie), Társadalmi Szemle, a.a.O., Jg. 8, Budapest, 1953, S. 30—33, und Gy. Csátár, A szocializmus gazdasági alaptörvényének érvényesülése hazánkban (Das Durchdringen des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus in unserem Lande), ebd., S. 139—152. Nach der Einführung des „Neuen Kurses“ wird die Zielsetzung des Stalinschen „Grundgesetzes“ mit besonderem Eifer untersucht, wie z. B. im Artikel von B. Fogarasi, A szükségletek kielégítéséről (Über die Befriedigung der Bedürfnisse), ebd., S. 781—795.

<sup>30</sup> Vgl. meinen Aufsatz: The Eastern European Economic Cycle, World Affairs Quarterly, Los Angeles, 1955, S. 291—297. — Zur Beurteilung der Ursachen und der angestrebten Wirkung des „Neuen Kurses“ in Ungarn vgl. I. Nagy, Politisches Testament, übersetzt von E. Trugly, München, Kindler, 1959, insbesondere S. 153—237. Dasselbst wird ein Artikel von Nagy, aus Szabad Nép vom 20. Oktober 1954 zitiert: „Der erhöhte Fünfjahresplan 1950—1954 legte das übersteigerte Tempo der Industrialisierung von der völlig unrichtigen Auffassung ausgehend fest, daß sich das Wachstumstempo der Schwerindustrie angeblich weder im absoluten Maßstab noch prozentuell von einem Jahr zum anderen verringern darf, sondern stetig steigen muß . . . Der Weg zur Überwindung unserer vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten . . . ist nicht die Senkung des Lebensstandards des werktätigen Volkes, . . . sondern die Steigerung und Erweiterung der Produktion, die Umgruppierung der Industrie . . .“ (S. 157 und 160).

die den in marktwirtschaftlichen Systemen auftretenden Konjunkturschwankungen entsprechen; (b) sie können aber auch Strukturänderungen darstellen.

Symptomatisch bezeichnend für Konjunkturschwankungen sind bekanntlich zyklische Änderungen im Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit, die sich häufig mehr oder weniger auf alle Bereiche ökonomischer Aktivität ausdehnen. Sie manifestieren sich am deutlichsten in Expansionen und Kontraktionen des Volkseinkommens und der Beschäftigung. Infolge der beherrschenden Stellung des Staatshaushaltes in zentralgelenkten Volkswirtschaften sollte man solche Bewegungen auch aus der zeitlichen Gestaltung des Budgets ablesen können. Die entsprechenden Zeitreihen für die vier südosteuropäischen Volkrepubliken zeigen jedoch in dieser Beziehung kein einheitliches Bild. Während in Ungarn in den Jahren 1955 bis 1958 stärkere Schwankungen zu beobachten sind und auch in Albanien der sonst stetige Anstieg des Geldwertes der Staatsausgaben im Jahre 1954 durch einen Rückschlag unterbrochen wird, haben sich diese Werte in Bulgarien und Rumänien mehr kontinuierlich ausgedehnt.

Wenn konjunkturähnliche Bewegungen, die die gesamte Wirtschaft erfassen, auch in zentralgelenkten Planwirtschaften nicht ausgeschlossen sind, so kommt doch den Fragen der Wirtschaftsstruktur dort besonderes Gewicht zu. Im Zusammenhang mit den kurzfristigen Schwankungen kam bereits die Existenz von Spannungen in der Phase starker Industrialisierung zur Sprache; möglicherweise haben sie ihre Ursache in strukturellen Disproportionalitäten und werden durch die Art der Planung wesentlich beeinflußt. Auch bei der hier im Vordergrund stehenden Frage der Kapitalbildung spielen ebenfalls Gesichtspunkte des strukturellen Aufbaus der Wirtschaft eine überwiegende Rolle<sup>31</sup>.

Bei einer Analyse der strukturellen Fluktuationen in der Kapitalbildung der südosteuropäischen Länder, die für die Zeit vor dem „Neuen Kurs“, den „Neuen Kurs“ selbst und die darauf folgenden Jahre bezeichnend sind, kann unterschieden werden zwischen Investitionen in der Wirtschaft, also in der Industrie, der Bauindustrie, dem Handel, dem Verkehr und der Landwirtschaft einerseits und nichtwirtschaftlichen Investitionen, die sozialen und kulturellen Zwecken dienen, andererseits. Im Hinblick auf die tragende Rolle der Industrie für das Wirtschaftswachstum sind die Industrieinvestitionen von besonderem Interesse; aufschlußreich ist vor allem ihre Verteilung zwischen Schwerindustrie, Leichtindustrie und Lebensmittelindustrie. Dabei finden dem Grundproblem dieses Aufsatzes entsprechend der Umfang und die Aufteilung der für Investitionszwecke verfügbaren finan-

<sup>31</sup> Vgl. hierzu meinen Aufsatz: *Fluctuations in the Economic Structure*, *Economia Internazionale*. Vol. 5, Genua, 1952, S. 774 ff.

ziellen Mittel Beachtung. Unter Berücksichtigung des statistischen Materials können nur die Brutto-Investitionen zugrundegelegt werden. Obwohl man hierdurch nicht unmittelbar Aufschluß über die Erweiterung einzelner Produktionszweige, ihres jeweiligen Sachkapitalbestandes und ihrer Kapazität, d. h. über die güterwirtschaftlichen Wirkungen der Investitionen erhält, lassen sich in bezug auf lang- sowie kurzfristige Strukturwandlungen der Wirtschaft doch wesentliche Konklusionen herausarbeiten.

## 7. Strukturwandlungen der Kapitalbildung

In den fünf Jahren von 1949 bis 1953 wuchsen in Ungarn die industriellen Investitionen von einem Drittel auf die knappe Hälfte der Gesamtinvestitionen an; die Kapitalbildung stand also in dieser Zeit ganz im Zeichen des Aufbaus einer Industrie (s. Tafel 7). Das Vordringen der Industrie erfolgte hauptsächlich auf Kosten der Investitionen in der Landwirtschaft, die 1949 noch 18 % in den nächsten Jahren jedoch im Durchschnitt nur etwa 10 % der Gesamtinvestitionen ausmachten. Zugleich gingen auch die Investitionen im Transport- und Verkehrswesen zurück; ihr Anteil an der gesamten Kapitalbildung schrumpfte in diesem Zeitraum auf die Hälfte des Standes von 1949 zusammen.

Bei näherer Betrachtung der Industrieinvestitionen tritt das Übergewicht der Schwerindustrie Jahr für Jahr deutlicher hervor. So entfielen im Jahr 1952, auf dem Gipfelpunkt dieser Entwicklung, allein auf die Schwerindustrie 94,1 % der gesamten Industrieinvestitionen. Die Tendenz mag an Hand weiter untergliederter Daten auch noch dadurch beleuchtet werden, daß die beiden Industriegruppen Bergbau und Hüttenwesen für sich zu Beginn des ersten Fünfjahresplanes, in den Jahren 1950 bis 1953, etwa die Hälfte der Investitionen in der Schwerindustrie in Anspruch nahmen<sup>32</sup>. Diese Verschiebung innerhalb der Industrieinvestitionen erfolgte unter Vernachlässigung der Investitionen in der Lebensmittelindustrie, deren Anteil an den industriellen Investitionen von 1949 bis 1952 um fast zwei Drittel (von 5,1 % auf 1,9 %) zurückging, während sich die Investitionen in der Leichtindustrie durchschnittlich um 4 % bewegten.

Obwohl Ungarn sich bei Beginn der in Rede stehenden Phase seiner Wirtschaft schon auf der zweiten Stufe des Industrialisierungsprozesses befand, hatten die oben erwähnten Spannungen ihre Ursache größtenteils doch in der auf die Schwerindustrie zugespitzten Investitions-

<sup>32</sup> 1952 betragen die Investitionen für Bergbau und Hüttenwesen 3,04 Mrd. Forint von 6,91 Mrd. Forint der Investitionen in der Schwerindustrie; 1953 war das Verhältnis 3,57 Mrd. von 7,35 Mrd. Forint. Vgl. Statiztikai Évkönyv 1956, a.a.O., S. 53.

**T a f e l 7**  
**Aufteilung der Gesamtinvestition auf Wirtschaftszweige in Ungarn<sup>a)</sup>**  
 (in Milliarden Forint)

Haus- halts- jahr	Industrie	d a v o n				Landwirtschaft	Verkehr	Handel	Sozial- u. Kult. sowie übrige Invest.
		Schwer- industrie	Leicht- industrie	Lebensmittel- industrie	Bauindustrie				
1949	1,949				1,092	1,195	0,167	1,381	
1950	3,681	3,349	0,143	0,189	0,374	1,863	0,283	2,513	
1951	5,917	5,500	0,234	0,184	0,480	1,786	0,359	3,199	
1952	7,343	6,911	0,291	0,141	0,343	2,350	0,328	3,554	
1953	7,899	7,359	0,264	0,276	0,433	1,777	0,357	4,161	
1954	4,916	4,333	0,281	0,301	0,141	0,806	0,358	2,880	
1955	4,698	3,853	0,398	0,448	0,091	0,950	0,361	2,442	
1956	5,398	4,653	0,330	0,415	0,198	1,010	0,388	2,784	
1957	4,718	3,976	0,404	0,337	0,192	0,873	0,480	3,563	
1958	5,586				0,186	1,422	0,472	3,548	

*Quellen:* 1949: Statiztikai Havi Közlemények (Statistische Monatsberichte), Jg. 1958, Nr. 10, Budapest 1958, S. 11. — 1950—1956: Statiztikai Évkönyv 1956 (Statistisches Jahrbuch 1956), Budapest, Központi Statisztikai Hivatal (Statistisches Zentralamt), 1956, S. 52—53. — 1957: Statiztikai Havi Közlemények, a.a.O. — 1958: ebd. Jg. 1959, Nr. 4, S. 14.  
 a) Jahresergebnisse (Ist-Ziffern).

politik. Es zeigte sich, daß die übergangswirtschaftlichen Zielsetzungen des Sozialismus, deren wesentlicher Bestandteil diese Maßnahmen waren, zu wenig Rücksicht auf die spezifischen Gegebenheiten des Landes nahmen. Das gilt offenbar sowohl für die Höhe der Investitionsquote im allgemeinen als auch für die Aufteilung der Finanzierungsbeträge auf die einzelnen Produktionszweige. Als typisches Beispiel hierfür erscheint die Vernachlässigung der Landwirtschaft bei den Investitionen, wobei das Bild durch eine ungünstige Entwicklung der Maschinenproduktion, die in Ungarn zu einem großen Teil aus Landmaschinen besteht, ergänzt werden kann<sup>33</sup>.

Hieraus zog man bei der Einführung des „Neuen Kurses“ Konsequenzen. Neben der bereits dargelegten Kürzung des Investitionsvolumens<sup>34</sup> erfolgte auch eine Umstrukturierung zugunsten der Landwirtschaft. Schon 1954 nahm diese mit 22,7 % an der gesamten Kapitalbildung teil, eine Höhe, die seit etwa 1947 nicht mehr erreicht worden war. Die Industrieinvestitionen zeigen den „Neuen Kurs“ mit einer Abnahme zwischen 1953 und 1954 von rund 47 % auf rund 42 % an; gleichzeitig stieg der Anteil, der auf die Konsumgüterindustrie entfiel, fast auf das Doppelte. Wendete man sich bei investitionspolitischen Maßnahmen zu Beginn des „Neuen Kurses“ bereits mit auffallendem Nachdruck den miteinander verwandten Gebieten der Landwirtschaft<sup>35</sup> und der Lebensmittelindustrie zu, so brachte das nächste Jahr eine noch ausgeprägtere Entwicklung in diese Richtung. 1955 wurden der Leichtindustrie 8,5 %, der Lebensmittelindustrie 9,5 % der gesamten Investitionsbeträge zugeteilt. Gegenüber den früheren Jahren (1951 bis 1953) fielen die Investitionen in der Schwerindustrie um 10 %. Diese Zunahme des Anteils der Konsumgüterindustrien an den Investitionen sowie ein starker Anstieg der bis dahin ziemlich vernachlässigten Investitionen im Binnenhandel, die von rund 2 % (1952 und 1953) auf etwas mehr als 3 % (1954 und 1955) der gesamten Investitionen gestiegen sind, verdeutlichen, daß man der Versorgung der Bevölkerung eine zunehmende Aufmerksamkeit widmete.

<sup>33</sup> Die Investitionen in der Landmaschinenproduktion gingen in diesen Jahren der rasch zunehmenden Industrialisierung von 20 % der gesamten Industrieinvestitionen in 1950 über kaum mehr als 10 % in 1951 auf 7 % in 1952 zurück. Der Rückgang erstreckte sich auch auf die zugrunde liegenden absoluten Werte. Vgl. Statisztikai Évkönyv 1956, a.a.O.

<sup>34</sup> „Die Folgen des Partei- und Regierungsbeschlusses vom Juni 1953 (d. h. der Ankündigung des ‚Neuen Kurses‘) zeigten sich bereits in der Erfüllung des II. Halbjahresplanes des gleichen Jahres . . . Die Ausgaben für Investitionen sanken von 37 % auf 32 % der Gesamtausgaben . . .“, Gy. Badacsony, a.a.O., S. 282.

<sup>35</sup> Vgl. A Magyar Dolgozók Pártja Központi Vezetőségének és a Magyar Népköztársaság Minisztertanácsának határozata a mezőgazdasági termelés fejlesztéséről (Beschluß des ZK der Ung. Partei der Werktätigen und des Ministerrates der Volksrepublik Ungarn über die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion), Társadalmi Szemle, Jg. 8, Budapest, 1953, S. 1147—1188.

Immerhin fanden die dem Ausgleich der Spannungen dienenden Veränderungen der Investitionspolitik in der Lebensmittelindustrie stärkeren Niederschlag als in der Leichtindustrie; neben der Möglichkeit, schnellere Wirkungen bei der Hebung des Lebenshaltungsniveaus der Bevölkerung zu erzielen als durch einen Ausbau der Leichtindustrie, ist auch die Tatsache zu bedenken, daß die Leichtindustrie teilweise zur Deckung von Bedarf eingesetzt werden kann, der von strukturellen Schwankungen der Wirtschaftspolitik weniger beeinflußt wird (Heeresversorgung usw.). Die weitgehend kompensatorischen Bewegungen der Investitionsanteile von Schwerindustrie und Landwirtschaft sowie Lebensmittelindustrie sind jedenfalls eines der bedeutendsten Merkmale des „Neuen Kurses“, die besonders in Ungarn zu Geltung kamen.

Die Gewichtsverlagerungen innerhalb der Investitionsstruktur beruhten offenbar auf einer Abkehr von den dogmenähnlichen Grundsätzen der sozialistischen Industrialisierung. Diese erhielt während des „Neuen Kurses“ durch eine Berücksichtigung jeweiliger konkreter Umstände in den einzelnen Ländern realistischere Züge und entsprach eher dem organischen Übergang von einer Stufe des industriellen Aufbaus zur nächsten, wie es in vorsozialistischen Entwicklungsprozessen sichtbar war. Die nur verhältnismäßig kurze Zeitspanne, während der die neuen Prinzipien verfolgt wurden, ist jedoch Beweis dafür, daß es sich bei den Abweichungen nicht um eine grundlegende Wandlung der langfristigen Zielsetzungen handelte. Man kann höchstens von einer zeitweiligen Qualifizierung der erwähnten Vorstellungen auf Grund der aufgetretenen Schwierigkeiten sprechen; allerdings könnten diese — sofern sie sich bei einer erneuten Intensivierung der Industrialisierung wiederholen — die Basis eines gewissen arteigenen Wachstumstypus in sozialistischen Übergangswirtschaften darstellen. Das Ende des „Neuen Kurses“ zog in auffallender Weise die rasche Verringerung der landwirtschaftlichen Investitionen nach sich und entspricht damit der eben erwähnten Annahme. Die Rückkehr zu einer Wirtschaftspolitik früheren Stils begann in Ungarn im März 1955<sup>36</sup>, ihre finanzwirtschaftlichen Auswirkungen zeigen sich jedoch mit einer gewissen Verzögerung erst im darauffolgenden Jahr. In 1956 beläuft sich der Anteil der Industrie an den Investitionen wiederum auf 46,6 %; die Landwirtschaft muß sich mit 15,5 % begnügen. Es ist ein abermaliges Vordringen der Investitionen in der Schwerindustrie zu bemerken, wenn sie auch den hohen Stand, den sie vor dem „Neuen Kurs“ innehatten, nicht erreichten.

Der Aussagewert der entsprechenden Daten für die folgenden Jahre im Rahmen einer ökonomischen Analyse wird in Ungarn beeinträchtigt

<sup>36</sup> Vgl. Szabad Nép, a.a.O., vom 9. März 1955, S. 1—3.

durch die außerordentlichen Umstände, die durch die politischen Ereignisse im Oktober 1956 geschaffen wurden. In der Investitionspolitik nach den Erschütterungen tritt vor allem ein wesentliches neues Moment hervor: Für das Jahr 1957 und — mit gewissen Einschränkungen — auch 1958 ist eine bemerkenswerte Zunahme der bis dahin fast gleichgebliebenen nichtwirtschaftlichen Investitionen zu verzeichnen. Während sie sich in den früheren Jahren um etwa ein Viertel des gesamten Investitionsvolumens bewegten, erreichen sie 1957 ein knappes Drittel. Die sprunghafte Erhöhung ist ganz eindeutig als eine Folge des Oktoberaufstandes zu erklären. Dieser war wohl teilweise durch die Rückkehr zu einem akzelerierten industriellen Wachstum und die damit verbundene Zurückdrängung der makroökonomischen Konsumquote bedingt; anscheinend veranlaßten aber die besonderen politischen Begleitumstände die Regierung zu dem Versuch, die Lage durch eine umfassende sozialistisch zugespitzte Förderung auf sozialem und kulturellem Gebiet zu konsolidieren. So wurden z. B. besondere Anstrengungen im Wohnungsbau und im Gesundheitswesen gemacht. Für Wohnungen wurde 1957 mehr ausgegeben als in jedem der vorangegangenen sechs Jahre, gegenüber 1955 sogar das Doppelte. Neue Krankenhäuser und Heilanstalten mit einer Gesamtkapazität von 1000 Betten wurden eingerichtet<sup>37</sup>. Die Erweiterung und der Neubau von Unterrichtsstätten sollten eine gründlichere sozialistische Schulung der Jugend ermöglichen. Zusätzliches Gewicht erhält diese Entwicklung, wenn man bedenkt, daß die gesamte Investitionssumme 1957 einen Tiefstand erreichte, der nur in den Jahren vor 1951 unterschritten worden war. Der Geldbetrag, der für soziale und kulturelle Investitionen verwendet wurde, stieg jedoch nicht nur prozentual, sondern auch absolut.

Eine ähnlich reziproke Entwicklung des Verhältnisses zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Investitionen wie während des „Neuen Kurses“ läßt sich in den Jahren 1957 und 1958 nicht feststellen. Als sich der Anteil der Industrieinvestitionen an den Gesamtinvestitionen ermäßigte, sank auch der Anteil der landwirtschaftlichen Investitionen und als die ersteren 1958 wieder leicht anstiegen, erhöhte sich der auf die Landwirtschaft entfallende Prozentsatz etwa parallel. Bemerkenswert ist zugleich die Tatsache, daß sich im Jahre 1959 ein erneutes Vordringen der Kollektivierung auf dem Gebiet der Landwirtschaft geltend macht<sup>38</sup>. Innerhalb der industriellen Kapitalbildung

<sup>37</sup> Vgl. Statisztikai Havi Közlemények (Statistische Monatsberichte), Jg. 1958, Nr. 9, Budapest, 1958, S. 14. — Népszabadság, Jg. 2, Nr. 120, vom 23. 5. 1957, S. 1.

<sup>38</sup> Vgl. I. A l m á s i, Sikeresen megvalósul agrárpolitikánk (Unsere Agrarpolitik geht erfolgreich in Erfüllung), Népszabadság, Jg. 17, Nr. 168, vom 19. Juli 1959, S. 3. — Statisztikai Havi Közlemények, a.a.O., Jg. 1959, Nr. 9, Budapest, 1959, S. 41—42. — Ost-Probleme, Jg. 11, Bonn, 1959, S. 395.

brachte das Jahr 1957 einen Rückgang der Investitionen in der Schwerindustrie. Sie betrug 1956 als Ergebnis der Abkehr vom „Neuen Kurs“ wieder 86,2 %, schwächten sich jedoch 1957 erneut auf 84,3 % der industriellen Gesamtinvestitionen ab.

Die industrielle Investitionspolitik der Jahre seit 1957 besitzt noch einen weiteren auffallenden Zug; den Reinvestitionen wurde nämlich besondere Aufmerksamkeit zuteil. Aus den Richtlinien des Dreijahresplans 1958 bis 1960 geht diese neue Erscheinung hervor: „Die Investitionen sollen in erster Linie nicht für neue, langwierige Vorhaben, sondern für Ausbau und Modernisierung des vorhandenen Anlagefonds sowie für Fertigstellung der unvollendeten Projekte verwendet werden“<sup>39</sup>. Wie hier wiederum zum Ausdruck kommt, hatten die anfänglichen sozialistischen Industrialisierungspläne zu wenig berücksichtigt, daß die ungarische Volkswirtschaft noch nicht den Reifegrad besaß, der die eingeschlagenen langen Produktionsumwege hätte rechtfertigen können. Seit 1957 bemüht man sich mehr als vorher um eine sachgemäße Erhaltung der vorhandenen Produktionskapazitäten, die während der Anspannung durch das forcierte Industrialisierungstempo starkem Verschleiß ausgesetzt waren. Eine damit verbundene Konzentration der finanziellen Mittel auf Instandhaltung und Erneuerung des Maschinenparks macht es wahrscheinlich, daß die Netto-Kapitalbildung im Verhältnis zu den früheren Jahren geringer ist, als dies im allgemeinen zugegeben wird.

Die im zweiten Abschnitt der Untersuchung auf Grund einer Analyse der kurzfristigen Bewegungen gewonnenen Ergebnisse lassen sich nunmehr in den folgenden Schlüssen zusammenfassen:

- (a) Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich in Ungarn während der Jahre von 1949 bis 1959 in wellenförmigen Schwingungen um einen ansteigenden Trend vollzogen. Die erste Phase der Übergangswirtschaft ist durch beschleunigte Industrialisierung gekennzeichnet, wobei besonderes Gewicht auf der Schwerindustrie liegt. Dabei kam es zu Disproportionalitäten, die zum „Neuen Kurs“ in den Jahren 1953/54 führten. In den anderen Volksrepubliken Südosteuropas verlief die Entwicklung im großen und ganzen übereinstimmend, wenn auch weniger stark ausgeprägt.
- (b) Die zweite Phase, die den Zeitraum des „Neuen Kurses“ umfaßt, macht deutlich, daß die beobachteten Schwankungen offenbar keine konjunkturellen Bewegungen wie im Westen darstellen. Der „Neue Kurs“ bedeutet im wesentlichen eine Verschiebung innerhalb der

<sup>39</sup> Vgl. Magyar Közlöny, Jg. 158, Nr. 55, Budapest, 25. Juni 1958, S. 430. — L. H á y, Ne hanyagoljuk el a termelőberendezések felújítását (Die Erneuerung der Produktionseinrichtungen darf nicht vernachlässigt werden), Népszabadság, Jg. 2, Nr. 194, vom 17. 8. 1957, S. 3 und Nr. 230 vom 29. 8. 1957, S. 5.

Struktur der Kapitalbildung; die langfristigen Investitionen verlieren gegenüber den kurzfristigen an Bedeutung, und insbesondere tritt eine gegenläufige Entwicklung zwischen Schwerindustrie und Landwirtschaft sowie Lebensmittelindustrie zutage. In Verbindung mit der in dieser Analyse verwendeten Stufentheorie industrieller Entwicklung kann man auf eine vorangegangene Überindustrialisierung schließen.

- (c) Nach einer Beseitigung der am schwersten wiegenden Spannungen in der Wirtschaft erfolgte seit 1955 eine mehr oder weniger beschränkte Rückkehr zu den Zielsetzungen der ersten Phase. Es setzt ein erneuter Anstieg der industriellen Investitionen ein; die Schwerindustrie dringt wieder in den Vordergrund. Ab 1957 werden diese dem „Neuen Kurs“ entgegengesetzten Bewegungen von einer auf den Aufstand vom Oktober 1956 zurückzuführenden Verschiebung der Anteile an der Gesamtkapitalbildung zugunsten der Investitionen im sozialen und kulturellen Sektor überlagert; darüber hinaus läßt sich eine starke Betonung der Reinvestitionen erkennen.

In bezug auf die drei anderen Volksrepubliken kann man feststellen, daß die Ursachen für das Einschlagen eines neuen Kurses auch hier vorhanden waren. Das gilt besonders für Rumänien, in etwas schwächerer Form auch für Bulgarien und Albanien. Eine Fluktuation, die den Nachwirkungen des Aufstandes in Ungarn entsprechen würde, ist in diesen Ländern offenbar nicht zu verzeichnen. Immerhin ist aber in den Jahren 1956 und 1957 eine gewisse Tendenz ihrer Regierungen zu bemerken, Konzessionen an die Konsumwünsche der Bevölkerung zu machen, die auf das Vorhandensein wirtschaftlicher und politischer Spannungen — wenn sie auch nicht zu einem offenen Aufstand geführt haben — hinweisen.

### III. Stabilität und Wachstum

#### 8. Modelltheoretische Perspektiven

Seit einigen Jahren wird sowohl in der westlichen als auch in der östlichen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion ein breiter Raum dem Problem eines stabilen und störungsfreien bzw. „gleichgewichtigen“ Wirtschaftswachstums gewidmet. Auf westlicher Seite richtet sich die Aufmerksamkeit vorwiegend auf ein gleichmäßiges gesamtwirtschaftliches Wachstum<sup>40</sup>. In der planwirtschaftlichen Theorie sowie

<sup>40</sup> Zum Beispiel definiert Sir R. F. Harrod seine „warranted rate of growth“ als „die generelle Fortschrittsrate, die, wenn sie praktiziert wird, in den Unternehmen eine geistige Bereitschaft erweckt, einen gleichartigen Fortschritt zu vollführen“. Dann „dürfte sich der Fortschritt im laufenden Zeitabschnitt nicht von dem im unmittelbar vorangegangenen unterscheiden“. (Towards a Dynamic Econ-

tischer Prägung dagegen wird das Hauptgewicht eher auf die Forderung nach einer „proportionalen“ Entwicklung der Volkswirtschaft gelegt<sup>41</sup>. Die sozialistische Wirtschaft soll unter Berücksichtigung des Vorranges der Schwerindustrie, der sich aus dem Postulat der „erweiterten Reproduktion“ ergibt, geplant werden<sup>42</sup>.

Die unterschiedliche Perspektive des Wachstumsproblems in der östlichen und der westlichen Theorie ist dadurch zu erklären, daß die in den westlichen Marktwirtschaften auftretenden Konjunkturschwankungen oft die Neigung haben, alle Sektoren der Wirtschaft zu umfassen, wie bereits erwähnt wurde, und deswegen ein besonderes Interesse für ein störungsfreies Wachstum der Gesamtwirtschaft nahelegen. Daher wird unter störungsfrei in entsprechenden Wachstumsmodellen im allgemeinen eine kreislaufmäßige Geschlossenheit verstanden. Von strukturellen Problemen, die mit einer Erweiterung des Kapitalstocks verbunden sind, wird dabei mit Vorliebe abstrahiert; die

---

omics, *Some recent Developments of Economic Theory and Their Application to Policy*, London, Macmillan, 1948, deutsch unter dem Titel *Dynamische Wirtschaft*, Wien—Stuttgart, Humboldt, 1949, S. 102.) E. D. D o m a r entwickelte in ähnlicher Weise eine „equilibrium rate of growth“. (*Capital Expansion, Rate of Growth and Employment, Econometrica*, Bd. 14, Menasha, Wisconsin, 1946, S. 141.)

<sup>41</sup> Vgl. die Darstellung des Wachstumsmodells, das als „Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“ bezeichnet wird, in *Politische Ökonomie*, a.a.O., S. 474—477. Dort wird auf die notwendige Proportionalität zwischen der Produktionsgüter- und der Konsumgüterherstellung, sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft hingewiesen. Dabei werden jedoch eher technische als ökonomische Maßstäbe verwendet, wie z. B. die Relationen zwischen Rohstoffgewinnung und verarbeitender Industrie. K. S z a b ó betrachtet (a.a.O., S. 91) dieses Gesetz als eine sich zwangsläufig durchsetzende Tendenz zur ständigen Erhöhung des Lebensstandards und der Produktion und zu einem ständigen Vorsprung der Produktionsmittelerzeugung vor der Konsumgüterproduktion. Unterschiedliche Wachstumsraten werden demnach offenbar als möglich angesehen, sie müssen aber stets positiv bleiben. Vgl. auch I. F r i s s, *Népgazdaságunk fejlesztésének üteméről* (Über das Wachstumstempo unserer Volkswirtschaft), *A Magyar Tudományos Akadémia Társadalmi-Történeti Tudományok Osztályának Közleményei* (Mitteilungen der Gesellschafts- und Geschichtswissenschaftlichen Klasse der Ungarischen Akademie der Wissenschaften), Bd. 6, Heft 3—4, Budapest, 1955, insbesondere S. 4—5; dort wird in diesem Zusammenhang von dem grundsätzlichen Vorrang der „Abteilung I der gesellschaftlichen Produktion“ (Produktionsmittel) gesprochen.

<sup>42</sup> Vgl. dazu P. E r d ö s, *A tervgazdálkodás néhány elméleti kérdéséről* (Über einige theoretische Fragen der Planwirtschaft), *A Magyar Tudományos Akadémia Közgazdaságtudományi Intézetének Évkönyve I. 1957* (Jahrbuch des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, I, 1957), Budapest, Akadémiai Kiadó, 1959, S. 76 ff. Erdös kritisiert die zu allgemein gehaltenen Fassungen der „ökonomischen Gesetze“ und bezeichnet das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft als „völlig ungeeignet, um daraus, quasi begriffsmäßig, die jeweils günstigsten Proportionen deduzieren zu können“ (S. 85). Er betont die Wichtigkeit einer eingehenden wissenschaftlichen Analyse als Grundlage der Planung. Ähnliche Kritik enthält auch das Buch von J. K o r n a i: *A gazdasági vezetés tulzott központositása* (Übermäßige Zentralisierung der Wirtschaftsführung), Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1957, insbesondere S. 170—177.

Produktionsstruktur wird meistens als eine vorgegebene Konstante betrachtet. Die mannigfaltigen Wachstumsmodelle haben weitgehend den Zweck<sup>43</sup>, Bedingungen aufzuzeigen, unter denen sich eine Wirtschaft frei von Störungen entwickeln kann. Das modelltheoretische Ideal in diesem Sinne ist eine Wirtschaft, die sich mit gleichbleibenden Wachstumsraten ausdehnt, wobei die absoluten Zunahmen der relevanten Größen, wie z. B. Volkseinkommen, Investitionen, Verbrauch usw., ständig größer werden. Jede Änderung der Wachstumsrate stellt daher eine Abweichung vom Ideal dar. Der Grad der Verwirklichung eines modellmäßigen Verlaufs dieser Art ist in einer westlichen, marktmäßig geordneten Wirtschaft infolge der zugrundeliegenden eigenartigen Annahmen über die Wirtschaftsstruktur und wegen des hypothetischen Charakters der Bedingungen sehr gering.

Dagegen bestände — ebenfalls hypothetisch — die Möglichkeit, in einer erfolgreich zentralgeplanten Volkswirtschaft nicht nur konjunkturelle Phänomene wie vorübergehende Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden, sondern auch eine dem erwähnten Grundsatz entsprechende „proportionale“ Entwicklung aller Zweige der Wirtschaft zu erreichen. Grundsätzlich könnten also planwirtschaftliche Wachstumsmodelle, die eine proportionale Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in den Vordergrund stellen, eher auf die Wirklichkeit anwendbar sein als die entsprechenden Konstruktionen, die sich auf eine Marktwirtschaft beziehen. Wie sich in der Analyse der diesbezüglichen Verhältnisse in Abschnitt II zeigte, ist die Zentralplanung in den Volksrepubliken Südosteuropas aber offensichtlich nicht in der Lage gewesen, schmerzhaft und kostspielige Strukturschwankungen zu verhindern. Von einem hypothetisch gleichmäßigen und störungsfreien Wachstum wich die tatsächliche Entwicklung wesentlich ab.

Andererseits fragt man sich, ob nicht gerade in solchen Fluktuationen gewisse Kräfte liegen, die den Fortschritt der Wirtschaft günstig beeinflussen könnten, und ob das Ideal einer gleichgewichtigen Entwicklung auch wirklich die Antriebe in sich birgt, die ein Wachstum erst ermöglichen. Bekanntlich war z. B. W. S o m b a r t der Ansicht, daß Krisen wesentlich zum Fortschritt des Kapitalismus gehören, weil sie die Wirtschaft von schwachen Institutionen periodisch befreien. Auch für die Strukturschwankungen, die in einer sozialistischen Wirtschaft auftreten, könnten einigermaßen analoge Zusammenhänge konstruiert werden. Jedoch kann das Problem in diesem Rahmen nur kurz angedeutet werden.

<sup>43</sup> „Wir können nichts anderes tun, als nur zeigen, wie sich unter bestimmten Voraussetzungen Größen wie Kapitalstock, Einkommen, Investitionen und Konsum entwickeln müssen, wenn sich das wirtschaftliche Wachstum ohne langfristige Gleichgewichtsstörungen vollziehen soll.“ G. B o m b a c h, Zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 70, Hamburg, 1953, S. 131.

Obwohl in der kommunistischen Wirtschaftstheorie die Probleme des strukturellen Wachstums in den Vordergrund gestellt werden, wofür sich aus den im Laufe dieser Untersuchung dargelegten empirischen Verhältnissen eine weitgehende Berechtigung ergab, hat doch der zu Beginn des II. Abschnittes gegebene Überblick über die Entwicklung der Investitionsquote gewisse Anhaltspunkte geliefert, daß auch das Gesamtvolumen der Investitionen Schwankungen unterworfen ist. Zur Ergänzung einer ausführlicheren strukturellen Analyse sollen daher die Wachstumsraten der Investitionen noch näher geprüft werden.

### 9. Wachstumsraten der Investitionen

Bei den hier betrachteten Wachstumsraten der Gesamtinvestitionen (s. Tafel 8) handelt es sich freilich nur um einen — aber immerhin um einen sehr wichtigen — Teilaspekt des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Diese Wachstumsraten in Ungarn zeigen — in Übereinstimmung mit der Analyse der übrigen Zeitreihen — eine fluktuierende Entwicklung. In der ersten Hälfte des Zeitraums 1949 bis 1958 waren sie durchweg positiv; es wurde in jedem Jahr absolut mehr investiert als im Vorjahr<sup>44</sup>. Besonders auffallend ist der Sprung von 1949 auf 1950, der mehr als eine Verdoppelung der Investitionen aufweist und den Anlauf des ersten Fünfjahresplanes kennzeichnet. In den folgenden Jahren sinken die relativen Zuwächse allmählich. Im Jahre 1954 schlägt das bisherige Wachstum der Investitionen in eine Abnahme von 29,8 % um. Diese Erscheinung ist ziemlich eindeutig als Folge des „Neuen Kurses“ zu

Tafel 8  
Jährliche Wachstumsraten der Investitionen<sup>a)</sup>

Jahr	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien	UdSSR
1949	+ 73,0	b)	+ 218,2	.	+ 59,3
1950	+ 115,5	b)	0,0	+ 90,9	+ 4,2
1951	+ 35,0	+ 41,0	+ 22,8	+ 38,0	+ 11,8
1952	+ 22,1	+ 34,1	+ 16,2	+ 37,9	+ 11,3
1953	+ 5,0	+ 27,3	+ 12,0	+ 2,5	+ 3,6
1954	— 29,8	— 11,8	+ 7,1	— 36,6	+ 14,7
1955	— 5,1	+ 10,9	— 28,4	+ 38,4	+ 10,4
1956	+ 3,5	+ 12,1	0,0	+ 5,5	+ 16,0
1957	— 4,3	— 7,4	— 18,6	+ 26,3	+ 11,4
1958	+ 15,2	+ 11,7	+ 20,0	+ 119,2	+ 11,0

a) Zusammengestellt auf Grund der Daten in Tafel 6.

b) Wegen Währungsumstellung nicht vergleichbar.

<sup>44</sup> Durch Änderungen des Geldwertes bedingte analytische Perspektiven werden auch in dieser Beziehung einem anderen Zusammenhang vorbehalten.

interpretieren. Auch 1955 bleibt die Zuwachsrate noch negativ, allerdings beträgt die Abnahme gegenüber dem Vorjahr nur noch 5,1 %. Hierin macht sich schon eine gewisse Abwendung vom „Neuen Kurs“ bemerkbar, die dann im folgenden Jahr wiederum zu einer positiven Rate führt. Das erneute negative Vorzeichen im Jahre 1957 ist auch hier ein Hinweis auf die bereits öfter analysierten Nachwirkungen des Oktoberaufstandes von 1956. Die mit der positiven Zuwachsrate von 15,2 % im Jahre 1958 eingeleitete Tendenz blieb auch in den Plänen für 1959 erhalten, die eine fast gleiche Erhöhung der Investitionen gegenüber dem Vorjahr<sup>45</sup> vorsehen. Hierin tritt offenbar die erneute Betonung einer beschleunigten Industrialisierung zutage.

Die Entwicklung in Ungarn scheint im großen und ganzen typisch für die südosteuropäischen Volksrepubliken zu sein. In Rumänien sind aus ähnlichen Gründen wie in Ungarn für die Jahre von 1951 bis 1953 positive, aber leicht fallende Wachstumsraten zu verzeichnen. Im Jahre 1954 wirkt sich der „Neue Kurs“ immerhin mit einer beträchtlichen Abnahme von 11,8 % aus. Dieser Rückschwung wird jedoch auch hier bald überwunden. Mit einer positiven Zuwachsrate von 10,9 % wird die absolute Höhe der Investitionen des Jahres 1953 nahezu wieder erreicht und im folgenden Jahre die bis dahin höchste Zunahme der Kapitalbildung erzielt. Die Spannungen, die in Ungarn in einem Volksaufstand zum Ausbruch kamen, spiegeln sich auch in Rumänien; im Jahre 1957 sanken die Investitionen um 10,2 %, nahmen dann aber 1958 wieder erheblich zu.

In Bulgarien dauert die erste Periode der betont sozialistischen Industrialisierung etwas länger als in Ungarn und Rumänien, und zwar zeigt sich einerseits die erste starke Zuwachsrate bereits 1949 mit einer Verdreifachung der monetären Investitionshöhe des Vorjahres, andererseits aber treten die Bremswirkungen des „Neuen Kurses“ erst mit einer Verzögerung von einem Jahr in Erscheinung. Die dem „Neuen Kurs“ entsprechende Rückentwicklung ist aber verschieden von der in den übrigen Ländern und kommt nach dem ersten plötzlichen Rückgang in einer Stagnation und darauf im Jahre 1957 in einer nochmaligen Abnahme zum Ausdruck. Wie in den anderen Ländern erholt sich die Investitionstätigkeit 1958 auch in Bulgarien unter dem Druck einer erneuten Intensivierung der Schwerindustrie.

Auch in Albanien folgen einem anfänglichen Sprung zu Beginn der Sozialisierung wiederum leicht zurückgehende positive Wachstumsraten, bis im Jahre 1954 ein beträchtlicher Rückfall (— 36,6 %) gegenüber dem Vorjahr als Ausdruck des „Neuen Kurses“ zu verzeichnen ist. Dann folgt ein erneutes Ansteigen im Jahre 1955 und seither ein stark schwankendes Wachstum der Investitionen.

<sup>45</sup> Vgl. Anmerkung 26.

Im Gegensatz zu den südosteuropäischen Volksrepubliken entwickeln sich die Investitionen in der Sowjetunion während des ganzen Betrachtungszeitraumes mit positiver Zuwachsrate, die — wenn man von 1949 absieht — zwischen 3,6 % und 15,5 % schwankt, aber in den meisten Fällen um 11 % liegt. Es handelt sich also um ein ziemlich stetiges Wachstum der Investitionen im Gegensatz zu den mehr oder weniger stark fluktuierenden Entwicklungen in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien. Dieses verhältnismäßig schwankungsfreie Wachstum ist dadurch zu erklären, daß die Sowjetunion bereits vor dem zweiten Weltkrieg den für die Übergangswirtschaft zum Sozialismus offenbar typischen ersten Fluktuationen unterworfen war. In der auffallend hohen Wachstumsrate von 59,3 % im Jahre 1949 spiegelt sich eine Investitionswelle, die durch den Wiederaufbau nach dem Kriege, Umstellung der Kriegswirtschaft usw. bedingt war. Exakt vergleichbar ist die Ziffer mit denen der folgenden Jahre jedoch nicht, weil verschiedene Änderungen in der Preispolitik nach dem Kriege gewisse Verzerrungen nach sich zogen, die erst durch eine Preisbereinigung beseitigt werden müßten<sup>46</sup>. Die Auswirkungen des „Neuen Kurses“ — hier die *Malenkovsche* Politik — zeigen sich in einer einmaligen Senkung der Investitionsrate auf + 3,6 % im Jahre 1953.

Wenn auch das Schwergewicht der im Wachstumsprozeß der südosteuropäischen Volksrepubliken auftretenden Bewegungen bei den ziemlich scharf umrissenen und teilweise deutlich kausal miteinander verbundenen Veränderungen der Investitionsstruktur liegt, so läßt die obige Prüfung der Wachstumsraten doch erkennen, daß auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum als makroökonomische Größe Schwankungen unterworfen ist, deren zeitlicher Verlauf eine weitgehende Übereinstimmung mit den Fluktuationen der Wirtschaftsstruktur aufweist<sup>47</sup>.

#### 10. Gleichgewichtiges oder proportionales Wachstum?

Ausgangspunkt dieser Untersuchung war ein auf Industrialisierung beruhendes Modell wirtschaftlichen Wachstums, als dessen wesentliche unabhängige Variable die Kapitalbildung herausgestellt wurde. Die Fragestellung bezog sich auf die konkrete Form, in der sich der Wachstumsprozeß unter den Verhältnissen einer sozialistischen Übergangswirtschaft abspielt. Betont wurde dabei das Verhältnis zwischen den Zielsetzungen des industriellen Aufbaus in den südosteuropäischen Volksrepubliken und dem stufenförmigen Modell, das als Typus aus

<sup>46</sup> United Nations, Department of Economic Affairs, Research and Planning Division, *Economic Survey of Europe in 1951*, Genf, 1952, S. 143 f.

<sup>47</sup> Für eine analytische Auswertung und Vertiefung dieser Übereinstimmung vgl. meine in Anmerkungen 30 und 31 erwähnten Schriften.

einer Analyse des historischen Industrialisierungsprozesses abgeleitet wurde. Es war somit zu prüfen, ob in der Entwicklung jener Länder Regelmäßigkeiten zu finden sind, die man als arzeigen für eine sozialistische Übergangswirtschaft ansehen kann, und inwieweit gegebenenfalls diese typischen Entwicklungsmerkmale von dem Modell abweichen bzw. mit ihm übereinstimmen.

In allen vier Ländern hatte es sich gezeigt, daß mit der Umstellung auf eine sozialistische Übergangswirtschaft durchweg eine starke Betonung der Industrialisierung einsetzte. Im Unterschied zu dem bekannten langfristigen Entwicklungsprozeß zeigte diese anfängliche beschleunigte Industrialisierung in allen Ländern deutlich die Merkmale der zweiten Entwicklungsstufe, vor allen Dingen eine starke Hervorhebung der Investitionen im Produktionsmittelsektor, hauptsächlich in der Schwerindustrie. In den folgenden Jahren traten dann auf Grund der forcierten Investitionstätigkeit Spannungen auf, die auf eine Diskrepanz zwischen den Zielsetzungen der Wirtschaftsplanung und den ökonomischen Gegebenheiten hindeuteten und zum „Neuen Kurs“ führten, der sowohl in einer beträchtlichen Abbremsung der Investitionen wie in einer Umstrukturierung zugunsten der Verbrauchsgüterindustrie und Landwirtschaft auf Kosten der Produktionsgüterindustrie seinen Ausdruck fand. Der Versuch, die erste Stufe zu überspringen, bedingte also die beobachteten Fluktuationen.

In der Sowjetunion waren zwar ebenfalls gewisse Schwankungen parallel zu denen in den südosteuropäischen Volksrepubliken festzustellen, doch erschienen sie hier bei weitem nicht in dem Ausmaß und in der Stärke wie dort. Als Erklärung dafür wurde angeführt, daß die UdSSR mehr oder weniger ähnliche, durch eine Überbetonung der Industrialisierung hervorgerufene Spannungen und Schwankungen bereits vor dem zweiten Weltkrieg durchgemacht hat und deswegen der Prozeß jetzt ruhiger verläuft. Inwieweit die verhältnismäßig geringen Fluktuationen in der UdSSR nicht überhaupt nur durch außerwirtschaftliche Faktoren, wie den Tod Stalins, die Umgestaltungen in der Führungsspitze der KPdSU usw. hervorgerufen wurden, und inwieweit sich in den Volksrepubliken die ökonomischen Spannungen erst infolge dieser politischen Änderungen auf die Investitionspolitik auswirken konnten, kann im Rahmen einer wirtschaftlichen Analyse im einzelnen nicht untersucht werden.

Zur Frage der Regelmäßigkeit der beobachteten Entwicklung kann hier unter den notwendigen Vorbehalten folgendes gesagt werden: Es spricht manches dafür, daß die analysierten Fluktuationen, die ihren wesentlichen Grund in der anfangs zu stark betriebenen Industrialisierung und dem Überspringen der ersten Entwicklungsstufe haben,

sich allmählich abschwächen und einem ruhigeren Wachstum Platz machen, wie das Beispiel der UdSSR zu zeigen scheint. Unter diesem Gesichtspunkt könnte es durchaus sein, daß das Wirtschaftswachstum der südosteuropäischen Volksrepubliken in den kommenden Jahren *ceteris paribus* geringere Schwankungen aufweisen wird als bisher. Ein realistischer Ausblick kann aber die überaus wichtigen politischen Variablen auch hier nicht zu dem Bereich des „*ceteris paribus*“ zählen.